Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis zu Haus monat. 15500 M., durch die Post 14500 M ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. d. Bez. Halle-Merseburg e. GmbH Halle, Lerchenfeldstr 14 Fernruf 1045 1047 2251 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uh

Der Anzeigenpreis beträgt 1100 M. für den Millimeter Höhe und Spalte, 5000 M. für Reklamemsch. an den dreigespaltenen Textteilen. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle Postscheckkonto Leipzig 1088 48, Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 1000 Mark | Montag, den 23. Juli 1923 | 3. Jahrgang Nr. 169

Breite Kampffront gegen das Erwerbslosenelend

An alle Arbeiter, an alle Betriebsräte und alle Gewerkschafter!

Kollegen! Am 5. und 6. Juli tagten in Berlin im Reichstage Erwerbslosendelegationen aus allen Teilen des Reiches, um der Reichsregierung ein Bild von der Notlage der Erwerbslosen zu geben und mit ihr über bestimmte Forderungen zu verhandeln.

Aber die Reichsregierung hat jede Verhandlung mit den Erwerbslosenvertretern abgelehnt.

Trotz aller Bemühungen der Reichstagsabgeordneten der KPD. und VSPD. und der Vertreter des ADGB. konnten die Erwerbslosendelegationen den Zweck ihrer Anwesenheit in Berlin, mit der Regierung zu verhandeln, nicht erreichen. Das Reichsarbeitsministerium hat es sogar abgelehnt, die Forderungen der Erwerbslosen auch nur entgegenzunehmen.

Die Reichsregierung zwingt die Erwerbslosen zum Kampf.

Ungeheuer groß ist in der gegenwärtigen Zeit, bei der rasenden Teuerung, die Not aller Arbeitenden. Noch ungeheuerlicher ist die Not der ständig wachsenden Masse der Erwerbslosen. Ihre Unterstützung reicht kaum zur Beschaffung des trockenen Brotes aus. Große Massen verzweifeln bereits an allem, sind zu allem bereit, wenn sie hoffen, dadurch ihren quälenden Hunger stillen zu können.

Faszisten und Provokateure nutzen das Erwerbslosenelend aus.

Sie versuchen überall die Erwerbslosen zu isolierten „Aktionen" zu verleiten, die den Erwerbslosen nichts nutzen und dazu noch die revolutionäre Arbeiterbewegung schädigen. In Dresden, Leipzig und Essen war es faszistischen Provokateuren gelungen, vorübergehend die Führung der Erwerbslosen in die Hände zu bekommen

Der Kampf der Erwerbslosen kann nur mit Erfolg geführt und den faszistischen Provokateuren das Handwerk gelegt werden, wenn die gesamte Arbeiterschaft in geschlossener Front, wie gegen die allgemeine Not, so auch gegen die Not der Erwerbslosen kämpft.

Viele Erwerbslosendelegierte aber teilten uns lebhafte Klagen mit über die Sabotage vieler Ortsausschüsse des ADGB. gegenüber der Erwerbslosenbewegung und die Passivität vieler Betriebsräte und Arbeiter in den Betrieben gegenüber der Arbeitslosenfrage. Sie erklärten, die Verantwortung für die Führung der Erwerbslosen ablehnen zu müssen, wenn das so weiter gehe.

Das muß anders werden.

Der Vertreter des ADGB. erklärte den Erwerbslosendelegationen, daß der ADGB. die Erwerbslosenforderungen voll und ganz unterstütze und jede Sabotage von Gewerkschaftsinstanzen in der Erwerbslosenfrage verurteile. Die Erwerbslosen verlangen vom Bundesvorstand des ADGB., daß er endlich Richtlinien für die Organisierung der Erwerbslosenbewegung herausgibt und Maßnahmen zur **Zentralisierung der Bewegung** ergreift. Die nächsten Tage und Wochen müssen zeigen, inwieweit den Worten des ADGB.-Vertreters Taten folgen. Geschieht nichts oder zu wenig durch den ADGB., dann wird der ADGB. die Hauptverantwortung für das Gelingen faszistischer Provokationen tragen.

Aber nicht nur die Gewerkschaftsinstanzen müssen sich mehr als bisher um das Erwerbslosenelend kümmern, auch die Betriebsräte und Arbeiter in den Gewerkschaften und Betrieben. Das ist das wichtigste. Nicht nur im Interesse der Erwerbslosen, sondern im Klasseninteresse der gesamten Arbeiterschaft.

Was ist sofort zu tun?

In allen Betrieben und Gewerkschaften muß die Arbeiterschaft ihre Kampfbereitschaft für die Reichsforderungen der Erwerbslosen bekunden. Die 7 Reichsforderungen lauten:

1. Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten in größerem Umfange, bei denen möglichst sämtliche Berufsgruppen zu den tarifmäßigen Löhnen beschäftigt werden. Akkordarbeit, sowie Abzug von dem tarifmäßigen Lohn darf nicht stattfinden. — Scharfer Druck auf die Unternehmer, um Entlassungen zu verhindern.
2. Zur Linderung der dringendsten Notlage muß sofort eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe an jeden Erwerbslosen, einschließlich der schon ausgesteuerten und nicht Bezugsberechtigten, gezahlt werden, und zwar:
   500 000 Mark für Verheiratete,
   300 000 Mark für Ledige.
3. Die Unterstützungssätze sollen sich in Zukunft nach dem jeweiligen Tariflohn eines Gemeinde- und Staatsarbeiters richten, und zwar:
   a) für Ledige im Haushalt eines anderen 50 Prozent,
   b) für selbständige Ledige 65 Prozent,
   c) für Verheiratete ohne Kinder 70 Prozent,
   d) für Verheiratete mit bis zu drei Kindern 80 Prozent,
   e) für Verheiratete mit mehr als 3 Kindern 90 Prozent.
4. Aufhebung der Karenzzeit und Gewährung der Erwerbslosenunterstützung ohne Einschränkung und Befristung an alle Erwerbslosen.
5. Erlaß einer Verordnung, durch die die Unternehmer gezwungen werden, alle offenen Stellen bei den Arbeitsnachweisen anzumelden und wonach alle Einstellungen von Arbeitern und Angestellten durch die öffentlichen Arbeitsämter nach den jeweils geltenden Ortstarifen vorgenommen werden müssen.
6. Erlaß von Richtlinien an die Länder und Kommunen, durch die
   a) die Erwerbslosenkommissionen als Vertreter der Erwerbslosen anerkannt werden,
   b) Länder und Gemeinden das Recht erhalten, bei besonderer Notlage Zuschüsse an die Erwerbslosen zu zahlen,
   c) Naturallieferungen zu bewilligen.

Diese Forderungen müssen zum Kampfobjekt für die gesamte Arbeiterschaft werden, überall muß zu ihnen Stellung genommen werden.

Nur dann, wenn die Erwerbslosen nicht allein, sondern die gesamte Arbeiterschaft um sie kämpft, kann mit Erfolg um sie gekämpft werden.

Außerdem müssen die Gewerkschaftskartelle überall und sofort durch den Druck der Betriebsräte und Arbeiter in den Gewerkschaften und aus den Betrieben gezwungen werden, die Erwerbslosen zusammenzufassen und für ihre Forderungen zu kämpfen. Die organisatorische Zusammenfassung der Erwerbslosen darf sich nicht auf die Gewerkschaftsmitglieder beschränken, sondern muß unter allen Umständen auf die Unorganisierten ausgedehnt werden. Nur so können die Erwerbslosen den gefährlichen Einflüssen des Faszismus und im besetzten Gebiet auch den verlockenden Versprechungen des französischen Imperialismus entzogen werden.

Alle notwendigen lokalen Aktionen der Erwerbslosen müssen die volle Unterstützung der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften finden. Ist eine Demonstration notwendig, dann muß dafür gesorgt werden, daß nicht die Erwerbslosen allein, sondern die gesamte Arbeiterschaft demonstriert.

Kollegen! Wenn jeder seine Pflicht tut, dann kann der Kampf der Erwerbslosen in den großen allgemeinen proletarischen Klassenkampf eingereiht werden und diesen stärken. Das Erwerbslosenproblem kann ebensowenig wie alle anderen Probleme des proletarischen Klassenkampfes unter der kapitalistischen Herrschaft gelöst werden.

Aber kämpfen wir gemeinsam um das tägliche Brot, dann werden wir auch die Kraft zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft gewinnen.

Dann werden wir auch gemeinsam kämpfen lernen

gegen den Faszismus und für die Bewaffnung der Arbeiterschaft, für die Erfassung der Sachwerte und Kontrolle der Produktion durch Arbeiterorgane und für die Arbeiter-Regierung.

Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.

J. A.: H. Grothe.

Die englische Antwort

Sonnabend wurde der englische Entwurf einer Antwort an Deutschland der französischen und den anderen alliierten Regierungen vorgelegt. Der Entwurf ist von seinen Verfassern nicht veröffentlicht worden, auch wurden seine Empfänger verpflichtet, ihn streng geheim zu halten. Trotzdem ist die deutsche Presse seit mehreren Tagen überfüllt mit aus allen Zeitungen von London und Paris zusammengeholtem Klatsch über den mutmaßlichen Inhalt des bedeutsamen Schriftstückes. Alle einander widersprechenden Einzelheiten, die darüber mitgeteilt werden, werden sich auch diesmal — wie immer — als falsch herausstellen. Es liegt aber ein System in diesem Unsinn: man serviert dem deutschen Leser all diesen entsprechend aufgemachten Humbug, um die eigene Gedanken- und Tatlosigkeit zu verdecken, um seine Augen und seine Vernunft zu trüben, um der ehrlichen und ernsten Behandlung des einzig für ihn Wichtigen — wie könnte das deutsche Volk durch eigene Tat der ganzen Lage eine andere Wendung geben — aus dem Wege zu gehen.

Die einzigen Quellen, aus denen man sich über das gegenwärtige Stadium der französisch-englischen Verhandlungen über die Reparations- und die Ruhrfrage orientieren kann, sind — neben den Tatsachen — die öffentlichen Kundgebungen der offiziellen Vertreter und Organe der beiden Länder. Aus diesen geht hervor, daß England in seiner Mitteilung an Frankreich Vorschläge macht, die in keinem Widerspruch mit Poincarés Politik stehen. Eine von der Reparationskommission einzusetzende Sachverständigenkommission soll die praktischen Mittel und Wege untersuchen, wie aus Deutschland die Zahlungen herausgepreßt werden sollen. Die für Frankreich so wichtige Frage der interalliierten Schulden soll in einer gemeinsamen Konferenz der Alliierten geregelt werden. Der passive Widerstand — darüber soll der englische Antwortentwurf „nichts Bestimmtes" enthalten: es unterliegt aber keinem Zweifel, daß, sobald es zu einer Einigung zwischen Paris und London bezüglich der sie interessierenden Fragen kommt, England Deutschland den „Rat" erteilen wird, auf jeden Widerstand zu verzichten. Der „Temps" erklärte erst am 20. Juli in einem Artikel über die englische Stellungnahme: „Die Ruhrfrage wird sich von selbst erledigen, wenn man über das übrige einig wird."

Die Einigung ist aber auf dem Marsche, obwohl das Tempo dieses Marsches auch weiterhin sehr langsam sein wird. „Klagen wir nicht, daß England uns so lange auf die Antwort an Deutschland warten läßt, die es uns vorschlagen wird," schrieb der „Temps" in demselben Artikel. Lord Curzon und seine Kollegen haben recht, wenn sie sich die Dinge so reiflich überlegen, und ihr Beispiel verdient, daß man ihm folgt. Man wisse es auch in Deutschland: weder Frankreich noch England hatten Eile."

Auch Stinnes hat keine Eile. Sein Hausfritze, Odysseus-Lensch, sagt in der „DAZ.", „daß die englische Politik nur langsam Erfolge zeitigen kann: was sie in einem Jahrzehnt versäumt hat, kann sie nicht in einer Woche gutmachen." Im übrigen sei das Schauspiel unterhaltend: „Wenn zwei Spitzbuben sich streiten, erfährt man die Wahrheit. Deshalb ist es gut, wenn Deutschland sich in die Auseinandersetzung zwischen Rinaldini und Schinderhannes nicht einmischt . . ."

Auch die „Zeit" des Herrn Stresemann hat sich auf das Warten eingestellt: nur will sie die Untätigkeit in der Außenpolitik mit einer um so größeren Aktivität im Innern wettmachen. Sie verlangt von der Regierung Cuno energische Maßnahmen gegen „den Parteistreit und die Parteisucht", damit „sich nicht jene Elemente im freien Spiel ihrer Kräfte tummeln können, denen jetzt die Stunde für Revolution und Gegenrevolution günstig zu sein scheint". Die „ganze Autorität des Staates" muß hier „eingesetzt werden". Der Ausnahmezustand, das ist „der kategorische Imperativ der nationalen Notwendigkeit".

Für den „Vorwärts" ist die gegenwärtige Lage ebenfalls eine „Geduldprobe": „Noch immer gilt für das deutsche Volk . . . als Leitspruch das Wort, das der Einsame von Salas y Gomez auf seinen Schieferstein schrieb: Geduld erlerne." Nur sieht er mit Bangen voraus, daß eine Verständigung Englands mit Frankreich kommen kann, und erklärt: „Niemand in Deutschland wird sich darüber täuschen, daß eine Fortsetzung des Widerstandes gegen eine wieder geeinte Entente auf unbestimmte Zeit hinaus eine Unmöglichkeit wäre." Also am Ende des lange Weges, der mit Geduld gegangen werden soll, steht als Ergebnis dieser „Geduldsprobe" — die Kapitulation.

Marcel Cachin deckt in der „Humanité" den Kampf der Kapitalisten Englands und Frankreichs um die Teilung der deutschen Beute auf, der hinter dem Streit Baldwin—Poincaré steht. „Wenn Poincaré auf der ausgiebigen Teilnahme seiner Kapitalisten besteht, murmeln und widerstehen Engländer und Deutsche. Werden sie ständig widerstehen oder wird es dieser Brigantenwelt möglich sein, sich in naher Zukunft auf dem Rücken der deutschen und auch anderer Arbeiter untereinander zu verständigen?"

„Es gibt eine dritte Möglichkeit, nämlich die, daß sich die Proletarier Deutschlands alle untereinander versöhnen, indem sie für sich die Reichtümer erfassen, um die sich jetzt die Ausbeuter aller Länder streiten. Das ist die einzige und entscheidende Lösung, an der die Kommunisten jenseits des Rheins mit allen Kräften arbeiten. Und wenn der Augenblick da ist, werden die Arbeiter Frankreichs zeigen, daß sie mit ihnen eins sind, und daß die internationale Solidarität nicht, wie einst, ein leeres Wort sein wird."

Arbeiter Deutschlands! Der Franzose Cachin weist Euch den Weg!

Die Wahlen zum Metallarbeiterverband

Halle, 23. Juli.

Die Wahlen zum Verbandstag des DMV. haben für Halle einen glänzenden Sieg der Opposition, der Liste A (Schumann) ergeben. Obwohl zurzeit das Resultat von zwei Wahlbezirken aussteht, läßt sich ein überwältigender Sieg der Kollegen feststellen, die für eine revolutionäre Politik der Gewerkschaften kämpfen. Die Teilnahme an den Wahlen war äußerst rege. Während bei den Wahlen zum Gewerkschaftskongreß zusammen nur 1974 Stimmen abgegeben wurden, sind bis jetzt 2449 Wähler gemeldet. Davon entfielen auf Liste Schumann 1866 (zum Gewerkschaftskongreß 1428) Stimmen. Die Liste Gröbel erhielt trotz stärkerer Wahlbeteiligung bis jetzt nur 471 Stimmen gegen 530 bei der Kongreßwahl. Auffällig ist die hohe Zahl der ungültigen Stimmen. 112 Stimmen sind diesmal ungültig, bei der vorigen Wahl waren es nur 16. An dem Sieg der Opposition können die fehlenden Ergebnisse nichts ändern.

Das Resultat zeigt, daß die reformistische Politik der Gewerkschaftsbureaukratie immer mehr auf Widerstand stößt, daß die Zahl der Opposition wächst.

Vorläufiger Sieg der Opposition in Berlin

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 22. Juli.

Von 102 Wahllokalen liegt aus 72 Lokalen das Ergebnis vor: Liste B (Opposition) 12726; Liste A (VSPD.) 5512.

Aue (Erzgebirge), 22. Juli.

Bei den Wahlen zum Metallarbeiter-Verbandstag in Kassel erhielt die Liste A (VSPD.) 1707 Stimmen, die Liste B (Opposition) 4149 Stimmen. Das ist die Antwort der Metallarbeiter auf die reformistische Politik der Dißmann und Reichel. Das Wahlergebnis zeigt aber auch, daß die Mitglieder anderer Ansicht sind als die Funktionäre.

Noske verbietet die „Niedersächsische Arbeiterzeitung"

Hannover, 21. Juli.

Noske hat heute die kommunistische „Niedersächsische Arbeiterzeitung" auf acht Tage verboten. Grund: der Abdruck eines Aufrufs der Bezirksleitung Niedersachsen der KPD., der sich gegen das Verbot des Anti-Faszistentages durch die braunschweigische Regierung wendet und unter der Parole: „Erkämpft Euch das Recht auf die Straße!" die Braunschweiger Arbeiter zu einer Protestversammlung unter freiem Himmel am 23. Juli auffordert.

Noske kennt seine Pflicht als bewährter Helfershelfer der Gegenrevolution. Die „Diktatur der Mitte", als verschleierte Faszistendiktatur, durch die Cuno-Regierung vor zwei Tagen offiziell angekündigt, findet im Sozialdemokraten Noske und dem Breslauer sozialdemokratischen Oberpräsidenten Zimmer ihre verständnisvollsten Handlanger.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230723-15/fragment/page=0001

6 Tote, 15 Verwundete in Breslau

(Eigene Drahtmeldung)

Breslau, 22. Juli.

Nach den bisherigen Feststellungen sind 6 Personen erschossen und 15 verwundet worden, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Zahl der Verwundeten noch größer ist.

Heute morgen waren noch kleinere Ansammlungen im Innern der Stadt, und es kam noch zu Zusammenstößen. Inzwischen ist es ruhig geworden. Die Reichswehr, die zur Bewachung der öffentlichen Gebäude eingesetzt worden war, ist zurückgezogen worden. Es sind drei Hundertschaften Schupo von auswärts nach Breslau gezogen worden. Es besteht der verschärfte Ausnahmezustand. Die Versammlungen, die die KPD. angesetzt hatte, konnten wegen des Ausnahmezustandes nicht stattfinden. Das Gewerkschaftskartell hat beschlossen, im Falle Reichswehr eingesetzt würde und die Betriebe besetzt, den Generalstreik auszurufen.

Die Haltung der Sozialdemokraten ist äußerst schwankend und feige. Das Gewerkschaftskartell hatte es, wie schon gemeldet, abgelehnt, proletarische Hundertschaften zur Sicherung gegen die faszistischen Provokationen zu bilden. Bis jetzt haben nur die Kommunisten durch Flugblätter und durch ihre Presse die Ursachen der Teuerungsunruhen aufgedeckt und klar die Provokationen der Faszisten aufgezeigt. Die heutige Nummer des kommunistischen Organs wurde in einer besonderen Massenauflage gedruckt, da das Blatt in allen Kreisen der Bevölkerung unaufhörlich verlangt wird.

Im ganzen sind 1200 Personen verhaftet worden, von denen noch 150 in Haft sind. Die Entlassungen beweisen, wie sinn- und planlos die Verhaftungen vorgenommen wurden.

Teuerungsunruhen in Gleiwitz

(Eigene Drahtmeldung)

Gleiwitz, 23. Juli.

Auch in Gleiwitz ist es zu Teuerungsunruhen gekommen. Die Demonstranten erzwangen die Herabsetzung der Lebensmittelpreise.

Schießübungen der Reaktion

Die Rüstungen der Faszisten und die fieberhaften Vorbereitungen zum offenen Bürgerkrieg werden trotz der Dementierversuche der Reichsregierung besonders in unserer Provinz, mit der brutalsten Offenheit betrieben. Es scheint, als seien die Provinzler doch noch nicht so gerissen in der Geheimhaltung ihrer Pläne ausgebildet, als die Faszisten in den Hauptzentren. So ist in der „Sangerhäuser Zeitung", einer „national unabhängigen" Zeitung, eine „Warnung" veröffentlicht, worin es heißt:

Auf dem Schießstande hinter der Waltmühle wird Sonntag nachmittag von 3 bis 6 Uhr scharf geschossen. Wegen der damit verbundenen Lebensgefahr ist der Zutritt für unbeteiligte Personen strengstens untersagt. Das Gelände an dem Schießstand ist durch rote Flaggen gekennzeichnet. Verein ehem. Jäger und Schützen.

In dem Lokal „Waltmühle" wurden vor Jahresfrist schon einmal geheimgehaltene Waffen in größerer Menge gefunden. Heute darf die Reaktion offen ihre Schießübungen abhalten, dazu mit scharfen Patronen. Diese Tatsache beweist, daß wir nicht mehr am Vorabend des Bürgerkrieges stehen, sondern bereits mitten im Bürgerkriege uns befinden und es nur auf das Kommando zum Sturmangriff der einzelnen Frontabschnitte ankommt. Hörsing unterstützt aber diese Treibereien, da er den Aufmarsch der Arbeiter verbietet. Wenn selbst die sozialdemokratischen Regierungsmänner die Faszisten unterstützen, dann muß die Arbeiterschaft sich selbst schützen. Wann werden die Arbeiter ihre Scharfschießübungen abhalten?

Proletarische Einheitsfront und gemeinsamer Kampf gegen den Faszismus im Ruhrgebiet

(Eigene Drahtmeldung)

Düsseldorf, 23. Juli.

Am gestrigen Sonntag tagte eine Vollversammlung des Landesausschusses der rheinisch-westfälischen Betriebsräte, die eine Reihe von wirtschaftspolitischen und organisatorischen Fragen erledigte. Zu der bedrohlichen allgemeinen Lage wurde beschlossen, die Betriebsräte und die Belegschaften sofort zu mobilisieren für die Einheitsfront, für die proletarischen Abwehrorganisationen, für die Bewaffnung der Arbeiterschaft, für ein Bündnis mit Sowjet-Rußland, gegen das Verbot der proletarischen Hundertschaften, gegen den Faszismus und Separatismus. Am 29. Juli organisiert das rheinisch-westfälische Proletariat in Hagen, Bochum, Hamm und Köln im größten Maßstabe den Anti-Faszistentag.

Der USPD.-Vorstand gegen die Antifaszistenkundgebung

Der USPD.-Parteivorstand erklärt in einem Aufruf an seine Partei, daß er es ablehne, am Antifaszistentag teilzunehmen. Grund: die KPD. sei an die Zentrale der USPD. „in dieser Angelegenheit" nicht herangetreten; die KPD. meine es darum nicht ernst mit ihrer Behauptung, daß sie eine Kundgebung der Gesamtarbeiterschaft wünsche.

Die Lächerlichkeit dieser Ausrede macht jede Erwiderung überflüssig. Es genügt, festzustellen, daß die USPD. in Hagen und in Chemnitz entgegen den Weisungen ihres Parteivorstandes sich am Antifaszistentag beteiligt.

Aufmarsch der hallischen Arbeiterschaft

Muchtig und wohldiszipliniert demonstrierte gestern die hallische Arbeiterschaft unter den Bedingungen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten für die Konsum-Genossenschaften. Die Demonstration durfte keinen politischen Charakter haben. Rote Fahnen durften nicht geführt werden. Die Musik durfte die „Internationale" nicht spielen. Gestattet war die schwarz-rot-goldene Fahne der Stinnesrepublik. Doch darauf haben die Demonstranten verzichtet; es wurde keine Fahne mitgeführt. Trotz dieser Bedingungen und der geringen Propaganda nahmen mehrere Tausend Arbeiter und proletarische Hausfrauen an der Demonstration teil. Manchem Spießer fiel angesichts der mustergültigen Ordnung das Herz in die Hosen und erschreckt stammelte er: **„Die proletarischen Hundertschaften, die Rote Armee marschiert auf!"** Nun, der Aufmarsch der proletarischen Hundertschaften geschieht etwas anders!

Den Sinn dieser Demonstration verkörperten die im Zuge mitgeführten dekorierten Wagen und Autos. Besonderes Interesse erweckte der Wagen, der den internationalen Genossenschaftsgedanken symbolisierte. Die grünen Mannen Hörsings, die auch aus Merseburg usw. herangeholt waren, bekamen nichts zu tun. Doch kam die Republik durch den Umzug wieder einmal in Gefahr, denn als die Demonstrierenden ein proletarisches Kampflied anstimmten, da verbot die Schupo das Singen. Die Republik scheint das Bedürfnis zu haben, sich selbst durch Lächerlichkeit zugrunde richten zu wollen. Auf dem Hallmarkt sprachen die Genossen O. Müller (KPD.) und Wielepp (USPD.) über die Bedeutung der Konsumbewegung und den internationalen Genossenschaftstag. Genosse Müller schilderte besonders die ideelen Ziele der Konsum-Genossenschaften. Sie sind ein Teil der Kampforganisationen des Proletariates und führen auf ihre Art den Kampf gegen den Kapitalismus, Faszismus und für eine Arbeiter-Regierung. Mit einem Hoch auf die internationale Genossenschaftsbewegung fand die imposante Demonstration ihr Ende.

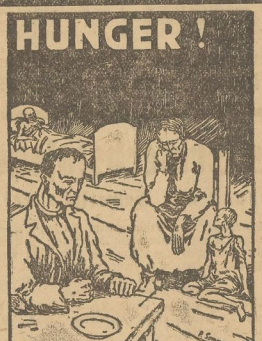
Am Nachmittag trafen sich die Konsummitglieder mit ihren Gästen zu einem fröhlichen Waldfest auf der Bischofswiese.

Faszistische Kavallerie auch in Ostpreußen

(Eigene Drahtmeldung)

Darkehmen, 22. Juli.

Ostpreußen wird immer mehr zu einem zweiten Bayern. Die neueste Errungenschaft der bayrischen Hitlerbanden, die faszistische Kavallerie, tritt jetzt auch in Ostpreußen in Aktion. Die Faszisten Darkehmens und Umgebung veranstalteten am Sonntag auf dem Marktplatz in Darkehmen eine Gedenkfeier für ihren Nationalhelden Schlageter. Kurz vor Eröffnung der Gedenkfeier rückten zwei Eskadrons faszistischer Kavallerie in Darkehmen ein und nahmen auf dem Marktplatz Aufstellung. Es handelte sich um eine strafforganisierte militärische Truppe. Dieser Aufmarsch spielte sich unter den Augen der Polizei ab. Die zahlreich vertretenen Landjäger und Polizisten machten nicht die geringste Miene, gegen das faszistische Gesindel einzuschreiten.



Das ist unser Schicksal

wenn die Arbeiterklasse nicht bald in geschlossener Front kämpft und die kapitalistischen Blutsauger und Wucherer niederzwingt.

Die Betriebsrätebewegung organisiert die kampfbereite proletarische Einheitsfront!

Reihe Dich ein!

Gib und sammle für den Kampffonds der Betriebsrätebewegung!

Der wirtschaftliche Aufbau

Dollarstand:

1914	4,20	Mk.
Anfang 1923	17 000	„
April 1923	20 000	„
Juli 1923	200 000	„
20. Juli 1923	400 000	„ (Neuyork)

Ein 20-Mark-Stück galt:

1914	20	Mk.
Anfang April 1923	85 000	„
Anfang Juli 1923	550 000	„

Das Zollaufgeld stieg
(gegenüber der Friedenszeit):

Anfang Januar 1923 auf das	1 785 fache
Mitte Juli 1923 auf das	36 200 fache

Schwebende Schuld Deutschlands:

1923 Anfang	1 336 000 000 000	Mk.
Anfang Juli 1923	20 242 000 000 000	„
20. Juli 1923	45 000 000 000 000	„

Großhandelsindex:

1914	100
Juli 1923	48 644

Preissteigerung gegenüber 1914:

Kohlen

Mitte Juli 1923 um das	70 000 fache
22. Juli 1923 um das	112 000 fache

Multiplikator für Löhne und Gehälter:

Juli 1923 um das	20 000 fache

Und die Preise springen weiter hinauf. Die Löhne liegen „wertbeständig" fest.

Stinnes macht Profit — der Staat macht Pleite

Die bürgerlicher Blätter melden: „In einer Ausschußsitzung des Kalisyndikats wurde darauf hingewiesen, daß die Finanzlage des Kalisyndikats recht zufriedenstellend sei. Es wurde ferner festgestellt, daß die Läger fast aller Werke durch den großen Versand der letzten Monate nahezu vollständig geräumt sind, so daß Aufträge von vielen Werken nur schleppend ausgeführt werden können. Es ist das erste Mal seit Bestehen des Kalisyndikats, daß mitten in der Sommersaison ein so großer Absatz zu verzeichnen war. Die Werke wurden aufgefordert, ihre Produktion nach Möglichkeit zu steigern, damit für den Herbst prompte Erfüllung der Lieferungsverträge möglich ist."

*

Es ist recht erfreulich, daß die Finanzlage des Kohlensyndikats recht zufriedenstellend ist. Aber: Ist die Finanzlage der durchs Kohlensyndikat beschäftigten Arbeiter und Angestellten auch recht zufriedenstellend? — Nur durch die schlechte Entlohnung der arbeitenden Massen sind diese Gewinne erzielt. Wenn nun durch die Sachwerterfassung der Staat Leihgeber des Kassenschrankes dieses Kohlensyndikates wäre, würde der Staatssäckel dann immer noch die Schwindsucht haben? Und wenn die Läger-Aer sind und die Produktion gesteigert werden soll, warum gibt es dann so viel Arbeitslose? Diese Widersprüche löst nur eine Regierung der Arbeiter und Bauern.

Der Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft

In der bürgerlichen Presse tauchte vor einigen Tagen folgendes Inserat auf:

Erstklassige portugiesische Firma sucht für ihre Niederlassung in Portugiesisch-Ostafrika praktischen, erfahrenen Mann für die Herstellung von Seife aus Tiersubstanzen, hauptsächlich aus Rindfleisch. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Erfahrung, Beschreibung der Fabrikationsmethode sowie Angabe der Gehaltsansprüche sind zu richten an . . .

Millionen deutscher Proletarier kennen bei ihren Hungerlöhnen Fleisch nur vom Hörensagen. In Argentinien und Afrika wird das Fleisch verschenkt oder für Seifenherstellung verwendet.

Die proletarische Einheitsfront und die Niederschlagung des kapitalistischen Raubsystems sind die ersten Erfordernisse für eine gleichmäßige und gerechte Güterverteilung.

Klar und deutlich

Der Unternehmer Lippert, Inhaber einer Strumpffärberei in Chemnitz, leistete sich folgenden Ausspruch:

„Ihr gottverdammten Arbeiter, Ihr glaubt, jetzt das Recht in der Hand zu haben. Jetzt steht die Sache auf der Kippe, bald werden wir wieder die Macht in den Händen haben, dann werden wir Euch mit der Knute niederschlagen, wenn Ihr auf den Knien um Arbeit gewinselt kommt."

Der Ausspruch enthüllt mit krasser Deutlichkeit die Absichten des Unternehmertums. Arbeiter, dreht den Spieß um, nehmt selbst die Knute in die Hand und schlagt das Kapitalisten- und Faszistenpack nieder. Rüstet zum 29. Juli!

Lohnbewegungen im Reich

(Eigene Drahtmeldungen)

Bielefeld, 23. Juli.

Die Arbeiterschaft der Dürkopp-Werke zog, als sie von dem jämmerlichen Resultat der Lohnverhandlung hörte, ganze 28 Prozent Zulage, geschlossen zum Bureau des DMV., unterwegs die Kollegen aus den anderen Betrieben mitnehmend. Die Gewerkschaftsführer hatten für den Hunger der Arbeiter nur ein verlegenes Gestammel.

Die Metallarbeiter der Hochburg Severings beginnen, die Scheidung vom Reformismus zur Revolution zu vollziehen.

Bremen, 23. Juli.

Die Lohnverhandlungen auf den Werften sind in ein kritisches Stadium getreten. Die Unternehmer machten vor dem Schlichtungsausschuß in Hamburg ein Angebot von 20 Prozent, während die Vorsitzenden für die Zeit vom 15. bis 21. Juli 50 Prozent und vom 22. bis 28. Juli eine weitere Erhöhung von 30 Prozent vorschlugen. Beide Vorschläge waren für die Vertreter der Werftarbeiter unannehmbar.

Eine Betriebsversammlung der Weser-Werft nahm zu dem Industriellenangebot Stellung und lehnte dasselbe einmütig ab.

Vertreter der DMV.-Bezirksleitung sind nach Berlin gereist, um weitere Schritte einzuleiten.

Leipzig, 23. Juli.

Die Leipziger Glas- und Vasenmaler sind in den Streik getreten, weil die Unternehmer den Tarifvertrag in der Form sabotieren, daß sie sich als Organisation „Verband Deutscher Hohlglasmalereien Leipzig" auflösten, um den im Vertrag eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkommen zu brauchen.

Das Kapitalistenpack versteht auf jede Art, die Arbeiter um den Lohn ihrer Arbeit zu prellen.

Das „Rote Herz" Mitteldeutschland wird an der Spitze marschieren

An die Arbeiterschaft, Betriebsräte und Kontrollausschüsse!

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Proletarier werden von Stunde zu Stunde unhaltbarer. Wucher und Schiebertum, die ganze Kapitalistenklasse, machen Riesengewinne bei der rasenden Entwertung der Mark. Die Folgen dieser Zustände hat nur die schaffende Klasse zu tragen. Hunger, Krankheit, Entbehrung grinst dem Arbeiter entgegen! „Mehr Lohn" schreit der ausgemergelte Proletarier. „Warte ab", ruft der ADGB., wir bringen „wertbeständige Löhne". Doch wenn diese Löhne da sind, wird dann den Arbeitern die notwendige Lebensmöglichkeit gegeben? Die Antwort auf die Anfrage des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte sagt genug. Die Praxis lehrt, daß auch die „wertbeständigen Löhne" Hungerlöhne sind. Zum Kampf um Friedensreallöhne, die heute noch nicht einmal genügen, hat der ADGB. nichts übrig.

Wieder soll der deutsche Arbeiter getäuscht werden. Diese Komödie ist uns ein weiteres Glied in der Kette der leeren Forderungen des ADGB. Wo blieb die Durchführung der acht Punkte von Bielefeld, die Arbeitslosenforderungen, die zehn Punkte zur Sachwerterfassung sowie die Forderung: Wertbeständige Löhne? Hinweg mit leeren Forderungen. Diese Täuschungen der Arbeiterschaft müssen aufhören. Nur eine Möglichkeit gibt es zur Rettung dere deutschen Arbeiterklasse:

Kampf, ernsthafter Kampf gegen Hunger, Wucher, Schiebertum!

Kampf um Friedensreallöhne, Sachwerterfassung, Arbeiter- und Bauernregierung!

Das Kapital, die Konterrevolution, rüstet fieberhaft gegen die erwachende Arbeiterklasse.

Rüstet auch Ihr gegen den Faszismus!

Die Kontrollausschußbewegung erstarkt von Tag zu Tag. Eine Belegschaft nach der anderen stellt sich mit ihren Betriebsräten hinter die Selbsthilfebewegung des Proletariats, an deren Spitze der „Reichsausschuß der Betriebsräte" steht. Dieser Ausschuß hat sich das Vertrauen der Arbeiterklasse erobert. Der Reichsbetriebsrätekongreß hat dem deutschen Proletariat den Weg gezeigt, der durch Kampf aus dem Elend führt. Diese kampfbereite Einheitsfront der Arbeiterklasse marschiert!

Die Durchführung der Aufgaben des Reichsausschusses der Betriebsräte kostet Geld. Die Kasse ist leer. Doch seine Tätigkeit darf nicht erlahmen, sie ist im Interesse der Arbeiterschaft notwendig. So muß die kämpfende Arbeiterschaft im ganzen Reiche unterstützt werden, wie z. B. im Ludwigshafener und Oppauer Streik, wie im heldenhaften Streik der Ruhrbergleute usw. Aus diesen Gründen hat der Reichsausschuß vom

22. bis 29. Juli eine Sammelwoche

in ganz Deutschland festgesetzt. Der mitteldeutsche Arbeiter wird nicht fehlen, wenn es gilt, finanzielle Opfer zu bringen. Zeichnet auf die Listen des „Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte". Entfaltet in dieser Woche eine starke Propaganda für die Einheitsfrontorgane des Proletariats. Es gilt, ein Netz von Kontrollorganen über ganz Mitteldeutschland zu schaffen. Abwehrformationen gegen den Faszismus müssen wie ein eiserner Wall in den Betrieben aufgebaut werden. Werbt in der Sammelwoche. Schafft Munition für den Kampf!

Neuerausschuß der Betriebsräte und Kontrollausschüsse Mitteldeutschlands. J. A.: Max Knitter.

Vom 22.–29. Juli: Sammelwoche.

Betriebsfunktionäre und Betriebsräte! Trefft die letzten Vorbereitungen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230723-15/fragment/page=0002

Ermordung von Tschitscherin und Krassin geplant

„Tribune de Genève" veröffentlicht in ihrer Abendausgabe vom 19. Juli eingehende Mitteilungen über die Vorgeschichte der Ermordung des russischen Bevollmächtigten in Lausanne, Worowski, und zwar auf Grund des nunmehr dem Verteidiger zugegangenen Aktenmaterials des Untersuchungsrichters. Danach hat Conradi die Tat gemeinsam mit dem Sekretär des alten russischen Roten Kreuzes in Genf, Palunin, von langer Hand vorbereitet und sich bereits am 13. April d. J. nach Berlin begeben, um dort Tschitscherin, Krassin und Admiral Behrens zu ermorden. Er traf sie dort nicht an, kehrte darum nach der Schweiz zurück und beschloß nun, auf Vorschlag Palunins, Worowski zu töten.

Ein deutscher Fliegerleutnant über Trotzki

Die Berliner „Vossische Zeitung" erhält von einem Oberleutnant a. D., der mit zwei anderen Fliegern deutsche Flugzeuge nach Moskau brachte, ein Stimmungsbild über Rußland und ein Gespräch mit Trotzki, dem wir folgendes entnehmen:

„Große Parade der gesamten Luftflotte.

„Ja, Sie sehen ja, wie wir hier arbeiten, **wir wollen alles in Ordnung bringen und müssen die Reste der alten Barbarei, die hier geherrscht hat, austilgen und vernichten.** Wie sieht es in Deutschland aus?" — „Ja, die Bedrückung durch das fremde Joch, aber es wird einmal besser werden, und ich hoffe, daß **Deutschland und Rußland zusammenarbeiten werden zum Wohle beider Länder."**

Immerzu mußte ich diesem Mann in seine grauen Augen schauen und konnte wohl verstehen, wie faszinierend er mit seiner feurigen Rednergabe auf die Massen wirkt.

Nun wollen ja die fünf Minuten Gespräch nicht viel heißen, aber mein Gefühl sagte mir, dieser Mann, der doch im Frieden schon Millionär gewesen ist und sich schon immer mit sozialistischen Problemen beschäftigt hat, ist **von höchsten Idealen erfüllt und will nur das Beste."**

Die sächsischen Mühlenarbeiter vor dem Streik

(Eigene Drahtmeldung)

Dresden, 21. Juli.

Die sächsischen Mühlenarbeiter versuchen, ihre Hungerlöhne der Teuerung anzupassen und verlangen eine Lohnerhöhung von 100 Prozent. Die Unternehmer bieten, frech wie immer, eine solche von 30 Prozent.

Falls der angerufene Schlichtungsausschuß in Dresden der Forderung der Mühlenarbeiter keine Rechnung trägt, ist der Kampf unvermeidlich.

Aus Sowjet-Rußland

Russisches Getreide für Deutschland

Die neubegonnene Ausfuhr russischen Getreides und die günstigen Aussichten für die diesjährige Ernte Rußlands haben zu einem ersten Schritt geführt, um auf der alten Grundlage der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu einer Neubelebung der bisherigen Geschäftsbeziehungen zu kommen. Am 6. Juli d. J. ist zwischen der Reichsgetreidegesellschaft bzw. Reichsgetreidestelle und der Handelsvertretung der RSFSR. in Deutschland ein Lieferungsabkommen abgeschlossen worden. Die russische Handelsvertretung wird danach der Reichsgetreidestelle zwanzig Millionen Pud Getreide liefern, deren Abladung in kürzester Zeit beginnen und bis Ende November d. J. abgeschlossen sein soll.

Eine Heldentat Vanderveldes. Die belgische Kammer hat am Freitagnachmittag in zweiter Lesung das Gesetz über die Militärdienstzeit mit 86 gegen 16 Stimmen angenommen. Dieses günstige Ergebnis gegenüber der früheren Abstimmung ist darauf zurückzuführen, daß die Sozialisten sich der Stimmabgabe enthalten haben. Vandervelde „kämpft" also gegen den belgischen Militarismus, indem er als loyale Opposition — ausweicht.

Ausland

Ein glänzender Erfolg der französischen Kommunisten

Revolutionäre Mehrheit im Kriegsteilnehmerbund.

Auf dem Jahreskongreß des „Internationalen Kriegsteilnehmerbundes" (IMAC) in Paris wurde mit überwältigender Mehrheit, mit 269 Stimmen gegen eine Stimme bei 63 Stimmenthaltungen der Vorschlag der kommunistischen Fraktion, vertreten durch die Genossen Treint, Vaillant-Couturier und Barbusse, angenommen. Eine zweite taktische Entschließung wurde ebenfalls im Sinne der kommunistischen Fraktion mit 230 gegen 117 Stimmen genehmigt. Dieser Erfolg ist um so bedeutsamer, da verschiedene Wirrköpfe und auch die Frossard-Gruppe in diesem Verband bisher eine große Verwirrung hervorriefen und die Mehrheit hatten. Die Verbandsleitung, in die auch der Genosse Marty delegiert wurde, wird nunmehr aus Vertretern der kommunistischen Richtung zusammengesetzt sein.

Russisch-rumänische Zwischenfälle

Rosta. **Moskau**, 21. Juli.

Zwischen der rumänischen und der Sowjetregierung fand ein Notenwechsel statt, wobei beiderseits über neuerliche Grenzzwischenfälle Beschwerde geführt wird. Die rumänische Note enthält den Vorschlag, zur Vermeidung weiterer Zwischenfälle militärische Delegierte zur Beratung über die zu treffenden beiderseitigen Maßnahmen zu entsenden. Die Sowjetregierung erklärt sich zur Annahme des Vorschlages bereit und bittet um Bezeichnung des Ortes und des Zeitpunktes für die Zusammenkunft der Delegierten.

Die bulgarische Faszistenregierung nimmt Rache

EP. **Mailand**, 21. Juli.

Im Prozeß gegen die Mitglieder des Kabinetts Stambolijski sind nicht weniger als 600 Personen angeklagt.

Nach einer Meldung des „Corriere della Sera" sind in Bulgarien infolge des Regimewechsels **über 10 000 Personen eingekerkert worden.**

Rußland, die „beständigste Regierung Europas"

EP. **Washington**, 21. Juli.

Der amerikanische Senator Broochan, der aus Rußland zurückgekehrt ist, hat Staatssekretär Hughes einen Bericht über die Lage in Rußland unterbreitet. Er empfiehlt darin die **offizielle Anerkennung Sowjet-Rußlands durch Amerika, da die Sowjetregierung gegenwärtig die beständigste Regierung Europas sei.**

Streik in Polen

Der Streik der Metallarbeiter umfaßt 90 Prozent der Arbeiterschaft. Im Streik der Wollindustrie haben die Arbeitgeber direkte Verhandlungen mit den Gewerkschaften abgelehnt. Bei der Aktiengesellschaft Zawiercie in Warschau verlangte die Arbeiterschaft eine Lohnerhöhung um 80 Prozent, die von der Direktion des Werkes abgelehnt wurde. Darauf legte die Arbeiterschaft die Arbeit nieder.

Aus den Betrieben und Werkstätten

Was sind Betriebszellen?

r. l. Auf die Frage, was eine Betriebszelle sei, werden selbst in den Kreisen der wichtigsten Parteifunktionäre so kuriose Antworten gegeben, daß auf das Wesen der Sache notwendig nochmals eingegangen werden muß. In einer Bezirksleitung (!) stießen wir auf den Irrtum, die Betriebszelle unterscheide sich dadurch von der Fraktion, daß die Fraktion alle Kommunisten eines Betriebes umfasse, die Zelle dagegen auch die Sympathisierenden. Ein anderer Genosse, der wichtige Funktionen in der Partei hat, meinte, die Zelle setze sich aus den führenden Kommunisten des Betriebes zusammen, wobei er Zelle wörtlich für einen sehr kleinen Körper hielt. Wo das Wesen der Betriebszelle verstanden, aber mit Widerstreben verwirklicht oder abgelehnt wird, wird die Befürchtung laut, der Aufbau der Betriebszellen bedeute die völlige Aufhebung der Wohnbezirksorganisation. Der Aufbau der Betriebszellen wird sich nur sehr langsam vollziehen, solange selbst unter den wichtigsten Funktionären derart irrige Auffassungen möglich sind.

Selbst wenn für manchen Genossen bereits Gesagtes zum Teil wiederholt werden muß, ist eine Klarstellung der Begriffe erforderlich. Um so mehr, als die Irrtümer offenbar deswegen entstanden sind, weil die betreffenden Genossen die bisherigen Nummern des „Parteiarbeiter" und die Artikel in den Tageszeitungen der Partei nicht gut gelesen haben, und zum anderen Teil, weil aus Rücksicht auf ein notwendiges Stadium des Ueberganges das Ziel des Umbaues der Partei nicht in den Vordergrund gestellt worden ist.

Die sozialdemokratische Organisation.

Die alte Parteiorganisation der deutschen Arbeiter, aus der die meisten Funktionäre der KPD. hervorgegangen sind, ist in etwa einem halben Jahrhundert Stück für Stück emporgewachsen. Kein Wunder, daß wir mit den organisatorischen Formen dieser Partei verwachsen sind, und daß die Umstellung sich schwer vollzieht. Die parlamentarische Tätigkeit im Reich, Einzelstaaten und Gemeinden mit allem Drum und Dran machte das Wesen der deutschen Sozialdemokratie aus. Diese reformistische Politik war möglich, weil sich die Arbeiterschaft in der Periode des aufsteigenden Kapitalismus befand und ihr im Kampfe mit Resten der Feudalherrschaft die politische Gleichberechtigung als das Ziel erschien. Die Frage, ob unter kapitalistischer Herrschaft eine politische Gleichberechtigung für die Arbeiterklasse überhaupt möglich ist und ob der Weg zur Macht andere Mittel als den Wahlapparat erfordere, blieb für die große Mehrheit der Sozialdemokraten eine akademische Diskussion ohne praktischen Wert. Die Organisation der Partei mußte diesem Zustand entsprechen und war in engster Anlehnung an die Wahlkreiseinteilung und die diversen Landesgrenzen ein einziger großer Wahlapparat.

Die Notwendigkeit des Umbaues.

Die Dinge haben sich von Grund aus geändert. Die Organisation einer revolutionären Partei kann ihr Haus nicht auf einem organisatorischen Fundament belassen, das sich in seinen Grundlinien an die wahlpolitische Einteilung der kapitalistischen Demokratie anlehnt. Die politischen und organisatorischen Mittel der Kommunistischen Partei unterscheiden sich grundsätzlich von denen der reformistischen Sozialdemokratie, die über das Parlament zum Sozialismus kommen will, während die Kommunisten das Parlament so wie viele andere Gelegenheiten, nur ausnützen. Die Kraftquellen der Kommunisten sind nicht die alle drei oder fünf Jahre geöffneten Wahlurnen, sondern die breiten Massen der Arbeiter, die jeden Tag ihre Kraft gegen die wachsende Verelendung, gegen politische Unterdrückung, für die Ueberwindung des reformistischen Schutzwalles der Bourgeoisie und für die im zähen Kampfe sich vollziehende Entwicklung der Machtorgane der Arbeiterschaft einsetzen können. Sie können diesen Kampf aber nur dann erfolgreicher als bisher führen und mit ihrem Sieg krönen, wenn ihre Führung, die Kommunistische Partei, ihre Organisation so aufbaut, daß sie die in der Revolution ausschlaggebenden Massen der Industriearbeiter nicht nur ständig unter ihrem Einfluß hält, sondern auch zu jedem geeigneten Zeitpunkt mobilmachen kann. Daß die Existenz einer kommunistischen Partei in illegalen Zeiten von ihrer Verankerung in den Betrieben abhängig ist, daß alle Erfahrungen der Revolution nicht nur in Rußland, sondern auch in anderen Ländern, und vor allem in Deutschland selbst für den Aufbau der Partei auf Betriebszellen sprechen, daß die Politik der Einheitsfront und die Bildung der proletarischen Hundertschaften diesen Aufbau der Partei erforderlich machen — daß alles soll hier nur angedeutet werden.

Die Betriebsfraktionen.

Die bisherigen Betriebsfraktionen waren ein Kompromiß zwischen dem Parteiaufbau nach sozialdemokratischem Muster und der Notwendigkeit, die Partei im Betrieb zu verankern. Dem Kompromiß hafteten alle Fehler eines solchen an. In vielen Orten und Betrieben blieb die Betriebsfraktion ein Wort, oder es wurden nur ein paar rührige Genossen erfaßt. In zahlreichen Betrieben arbeiteten Genossen in denselben Werkstätten und erfuhren erst gelegentlich die Parteizugehörigkeit des Kollegen. Von einer Organisation der kommunistischen Arbeit in der Belegschaft des Betriebes war durchweg nicht zu reden. Die tüchtigsten Genossen aber beschwerten sich über die zu große Belastung ihrer knappen Zeit durch die Teilung der Arbeit in Parteiarbeit im Betrieb und die meist noch sehr langstielig organisierte Parteiarbeit im Wohnbezirk. Die Zeit der Betriebsfraktionen ist vorbei. Die bisher in Betriebsfraktionen vereinigten Genossen bauen ihre Fraktion zur Betriebszelle aus, die alle Kommunisten des Betriebes umfaßt.

Die Betriebszelle.

Die Betriebszelle ist organisatorisch grundverschieden von der Fraktion. Die Fraktion ist ein Werkzeug der nach Wohnbezirken aufgebauten Ortsgruppe. Die Betriebszelle ist ein Teil der auf Betriebszellen aufgebauten Ortsgruppe. Die Betriebszelle ist das Fundament, die Grundeinheit der Partei. Die Betriebszelle hat regelmäßig Versammlungen. In den Versammlungen wird nicht nur zu Betriebsangelegenheiten, sondern zu allen Angelegenheiten der Partei, zur politischen Lage und den sich daraus ergebenden Aufgaben Stellung genommen. Die Betriebszellen tun alles das, was bisher den Wohnbezirken (Distrikten, Abteilungen, Gruppen usw.) der Ortsgruppe vorbehalten war. Die Betriebszellen machen auch ihre Vorschläge für die Besetzung des Vorstandes, für die Beschickung von Konferenzen und Parteitagen. Die Funktionärsitzungen der Ortsgruppe sind in ihrer überwiegen Mehrheit ebenso wie die leitenden Körperschaften der Ortsgruppe aus den Leitern und Vertrauensleuten der Betriebszelle zusammengesetzt. Selbstverständlich wird auch im Betrieb die Kassierung der Parteibeiträge vorgenommen.

Und die Wohnbezirksorganisation?

Die Wohnbezirksorganisation verliert ihre Monopolstellung, die dem sozialdemokratischen Organisationsaufbau und — es sei immer wieder gesagt, der sozialdemokratischen Politik entspricht. Die Kommunistische Partei kann, vor allem im kapitalistischen Staat, die Organisation im Wohnbezirk nicht entbehren. In ihr sind alle diejenigen zusammengefaßt, die zunächst noch nicht in Betriebszellen vereinigt werden können oder, wie die Hausfrauen, dafür nicht in Frage kommen. Selbstverständlich werden die Arbeiten im Wohnbezirk, die die Kraft der gesamten Partei erfordern (zum Beispiel Wahlkampagnen usw. von allen im Wohnbezirk wohnenden Genossen und Genossinnen geleitet. Die Registrierung aller Parteimitglieder des Wohnbezirkes ist aus diesen und anderen Gründen nicht zu entbehren. Die im Wohnbezirk notwendigen Parteiarbeiten sollen und dürfen auch nicht vernachlässigt werden. Einerseits werden aber die Wohnbezirke durch die Betriebszellen stark entlastet und andererseits wird der Aufbau der Partei auf Betriebszellen sehr bald belebend auf die gesamte Partei und auch auf das Parteileben in den Wohnbezirken zurückwirken.

Wir haben keine Zeit.

Das ist in groben Umrissen das Maximalprogramm des Aufbaues der Partei auf Betriebszellen. Jeder Genosse, jeder Funktionär vor allem muß über diese Dinge klar sein, wenn wir uns die Arbeit nicht unnötig erschweren wollen. Wir werden dies Maximalprogramm nicht mit einem Schritt verwirklichen. Dann wäre eben kein halbes Jahrhundert sozialdemokratischer Organisationsauffassung in den deutschen Arbeitern verwurzelt. Aber kein Genosse darf glauben, **daß wir im gemütlichsten Tempo an die Lösung dieser Aufgabe herangehen können.** Jeder Schritt, der heute getan werden kann, darf unter keinen Umständen und unter keinen Ausflüchten auf morgen vertagt werden. **Das gilt vor allem von der Zusammensetzung der leitenden Körperschaften der Ortsgruppe, von deren Initiative es abhängt, wie schnell der Umbau der Partei sich vollzieht.** Wir haben keine Zeit, denn die gebieterisch vor uns aufgerichteten Aufgaben lassen uns keine Zeit. Die politischen Aufgaben sprengen die alte Organisationsform. Und wer diese und jene Bedenken hat, die vorhandenen Schwierigkeiten zu groß sieht und sich nur schwer vom Alten trennt, der soll sich bewußt werden, daß es keine schmerzlose Revolution gibt, und daß sich das notwendig auch auf die organisatorische Umbildung der Partei bezieht, die nicht völlig reibungslos durchzuführen ist.

Schwierigkeiten sind vorhanden, gewiß — wir müssen sie schnell überwinden. Aber alle Schwierigkeiten, einschließlich der künstlich geschaffenen und eingebildeten, sind nichts gegen die Notwendigkeit, der revolutionären Partei des deutschen Proletariats den revolutionären Organisationsaufbau zu schaffen.

Generalstreik in Czenstochau

Bei dem Zusammenstoß zwischen streikenden Textilarbeitern und der Polizei in Lodz (Polen) wurden eine Person getötet, drei verwundet. In Czenstochau gab es bei einem Zusammenstoß Streikender mit der Polizei elf Verwundete. Der Czenstochauer Gewerkschaftsrat hat den Generalstreik für Czenstochau verkündet.

Englisches Schreckensregiment

Reuter meldet aus Kairo, daß von 13 Personen, die wegen eines Komplotts gegen britische Beamte angeklagt waren, fünf zum Tode und die übrigen zu Gefängnisstrafen von drei Jahren bis zu lebenslänglicher Dauer verurteilt worden sind.

Ermordung mexikanischer Rebellen

Wie Reuter aus Mexiko erfährt, ist der bekannte Rebellenführer Villa gestern morgen mit seinem Sekretär und drei anderen seiner Begleiter erschossen worden. Präsident Obregon hat angeordnet, Villa bei seinem Begräbnis militärische Ehren zu erweisen.

Mussolinis Wahlreform angenommen

Die Kammer hat den Gesetzentwurf über die Wahlreform in geheimer Abstimmung mit 223 gegen 123 Stimmen angenommen. Mussolini erklärte darauf die Kammer bis auf weiteres für vertagt. Das Abstimmungsergebnis — knapp zwei Drittel der Stimmen für Mussolini — läßt an sich schon bedeutliche **Ansichten über den** „großen" Einfluß Mussolinis zu.

Widerstand gegen Lohndruck straßar. Die Direktorenkonferenz der tschechoslowakischen Kohlenbergwerke beschloß eine Herabsetzung der Löhne für Untertage- und Obertagearbeiten um 30 Prozent. In Kladno wurde unser Genosse Stadnik unter Anklage gestellt, weil er die Arbeiter zur Bildung der Einheitsfront aufforderte.

Aus der Partei

Erfolge der Berliner Organisation

2500 neue Mitglieder während der Werbewoche hat die Berliner Organisation gewonnen. Fast 8000 neue Mitglieder seit dem 1. Januar ist der Zuwachs der Organisation. Um 21 000 gewachsen ist die Auflage der „Roten Fahne". 12 140 neue Abonnenten während der Werbewoche sind durch die Arbeit der Berliner Genossen gewonnen worden.

25½ Millionen wurden für den Kampffonds gesammelt,
30½ Millionen für die „Rote Hilfe". Macht's nach!

Gewerkschaftsbewegung

Lohnstreik im besetzten Gebiet

(Eigene Drahtmeldung)

Duisburg, 22. Juli.

Die Hafenarbeiter von Duisburg, Gelsenkirchen und Wesel sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Die neuen Reichs- Arbeiter- und Beamten-Löhne

WTB. **Berlin**, 21. Juli.

Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsbeamten, Angestellten und Arbeiter haben in später Nachtstunde zu einer Einigung geführt. In Ortsklasse A soll der Stundenlohn ohne Ortslohnzulage für den Handwerker für die dritte Juliwoche 14 775 Mark, für die vierte Juliwoche 18 057 Mark, für den ungelernten Arbeiter für die dritte Juliwoche 13 839 Mark, für die vierte 16 914 Mark betragen. Der höchste Satz für die Ortslohnzulage beträgt künftig 40 Prozent. Der Teuerungszuschlag für die Bezüge der Reichsbeamten und Angestellten wird auf 574 Prozent ab 17. Juli erhöht. Die Frauenzulage beträgt von diesem Zeitpunkt an monatlich 332 000 Mark.

Für die internationale Einheitsfront

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Stettin nahm fast einstimmig eine Resolution an, die vom Hauptvorstand fordert, daß er auf den ADGB. dahingehend einwirkt, daß dieser sich auf der Vorständekonferenz in Amsterdam für die von Edo Fimmen begonnene Politik der internationalen Sammlung der Arbeiterklasse einsetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230723-15/fragment/page=0003

Konferenz der Fabrikarbeiter-Internationale

WTB. **Wien, 21. Juli.**

Heute fand die Eröffnungssitzung des Zweiten Internationalen Kongresses der Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände statt. Vertreten sind 27 Organisationen, und war aus Belgien, Holland, Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei, Dänemark, Norwegen, Schweden, das Internationale Sekretariat in Amsterdam, der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam (Sekretär Fimmen) und das Internationale Arbeitsamt in Genf. An Stelle des Vorsitzenden der Internationalen Vereinigung O. Grady führte der zweite Präsident Brey den Vorsitz.

Der Sekretär Fimmen bezeichnete die Weltlage des Proletariats als denkbar schlecht und gefährlich. Das Proletariat werde nur dann sein Ziel erreichen, wenn alle Gegensätze überbrückt werden und Sozialisten und Kommunisten sich zusammenfänden. Die Versammlung beschloß, zwei Vertreter des Allrussischen Verbandes als Zuhörer zum Kongreß zuzulassen.

Vom Tage

Ein verhängnisvoller Irrtum beim Filmen. In dem Atelier der Paul-Leni-Filmgesellschaft in Weißensee ereignete sich ein schweres Explosionsunglück. Es wurde der Film „Wachsfigurenkabinett" gedreht. Plötzlich ertönte ein furchtbarer Knall, man hörte das Wimmern verletzter Menschen und der ganze Raum war sofort in dichte Rauchwolken gehüllt. Bei der Szene, bei der mit Rauchwirkungen gearbeitet werden sollte, mußte man das sogenannte „weiße Pulver" verwenden. Durch einen noch nicht aufgeklärten Irrtum wurde aber schwarzes Pulver benutzt, das nur unter Anwendung besonderer Vorsichtsmaßregeln für Explosionen gebraucht wird. Der Hilfsregisseur Kickebusch und der Arbeiter Joske wurden lebensgefährlich verbrannt und mußten in das Krankenhaus Weißensee gebracht werden.

Raubmörder. In Hamburg wurden zwei Personen festgenommen, die in Stettin die Juwelierswitwe Schick mit Knüppeln totgeschlagen und beraubt hatten. Sie haben bereits ein Geständnis abgelegt.

Die Liga für Menschenrechte richtete an Poincaré eine Resolution, in der die Ueberführung der sterblichen Ueberreste des zum Beginn des Weltkrieges ermordeten französischen Sozialisten Jaurès ins Panthéon (Ehrentempel, in dem Frankreichs große Männer ruhen) gefordert wird.

Der Scharlachbazillus entdeckt? Nach Meldungen medizinischer Blätter soll es dem Direktor der Kinderklinik in Palermo di Cristina, und dem Direktor der Kinderklinik in Rom, Caronia, gelungen sein, den Scharlachbazillus zu entdecken.

Todessturz. Nach einer Meldung aus Stuttgart wurde gestern die Auto-Reichsfahrt mit einem Bergrennen über 500 km geschlossen. Nach dem Rennen gab es einen schweren Unfall. Ein an der Reichsfahrt nicht beteiligtes Auto fuhr bei der Rückfahrt gegen einen Baum und stürzte um. Der Führer war sofort tot. Eine Insassin wurde schwer verletzt.

Wilde Autofahrt. Ein Lastauto, das den Jenaer Schwimmverein „Wasserfreunde" zu einem Schwimmfest nach Erfurt bringen sollte, fuhr unterwegs infolge Reißens der Bremskette in wilder Fahrt den Apoldaer Berg hinab und stieß am Fuße des Berges gegen eine Mauer. Zwanzig Personen erlitten sehr schwere, zum Teil lebensgefährliche Verletzungen.

Aus der Provinz

Schiedsspruch im Baugewerbe

Weil sich bei den letzten Lohnverhandlungen am 19. Juli die Tarifparteien über die neuen Löhne nicht einigen konnten, da die Unternehmer bis 20 400 Mk. boten, die Arbeitervertreter aber mindestens 22 000 Mk. forderten (die ursprüngliche Forderung betrug 24 000 Mk.), war eine Sitzung des Bezirkslohnamtes notwendig geworden. Dieses hat nun einen Schiedsspruch gefällt, der ganze Lumpige **18 750 Mk. Spitzenlohn für die Lohnwoche vom 19. bis 25. Juli** bringt.

Die Arbeitgebervertreter im Lohnamt haben dem Schiedsspruch zugestimmt. Die **Vertreter der Bauarbeiter lehnten dagegen den Schiedsspruch ab,** weil dieser Lohnsatz nicht im entferntesten einen Ausgleich für die jetzigen horrenden Preissteigerungen bringt. Die Unternehmerschaft, die den Schiedsspruch angenommen hat, will das Reichsarbeitsministerium anrufen, um den Schiedsspruch für rechtsverbindlich erklären zu lassen.

Wie inkonsequent doch die Bauunternehmer sind! Wenn es ihrem Nutzen entspricht, braucht man gern als Helfer die Reichsverwaltung, um recht schnell einen ihnen angenehmen Schiedsspruch „rechtsverbindlich" zu machen. Paßt es aber den Herren nicht in den Kram, weil die dicke Geldtasche in Gefahr steht, da pfeifen diese hornierten Innungsbeiden, à la Graul und Konsorten, auf die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages. Wie lange wollen sich das die Bauarbeiter gefallen lassen?

Bei jeder Gelegenheit

hat der Kommunist die Verpflichtung, für den

Kampffonds der Partei

zu sammeln. Gerade jetzt in der Zeit der rasenden Geldentwertung braucht die Partei mehr denn je

Munition für die bevorstehenden Kämpfe

Wer schnell gibt, gibt doppelt! Die Aufgaben sind riesengroß!

Lohnbewegung der Landarbeiter

Die Lohnverhandlungen, die am 18. Juli zwischen den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebern und dem Deutschen Landarbeiterverband sowie dem Zentralverband der Landarbeiter für den Bereich der Provinz Sachsen stattfanden, führten zu keiner Einigung. Zur Schlichtung der strittigen Frage über die Höhe der Zulage ist das Arbeitsministerium angerufen.

Es ist dringend notwendig, daß auch die Löhne der Landarbeiter endlich einmal eine wesentliche Aufbesserung erfahren. Andernfalls ist mit dem Ausbruch von Streiks zu rechnen. Was das jetzt in der Zeit der Ernte bedeutet, darüber sollten sich die in Betracht kommenden Stellen klar sein.

Brehna. Kein öffentliches Interesse? Vor kurzem berichteten wir, daß Schupoleute bei einer Durchfahrt durch Brehna in das Grundstück des Genossen Donner widerrechtlich eingedrungen waren und ein Werbeplakat für die KPD., das ihnen anscheinend mißfiel, abgerissen hatten. Genosse Donner übergab die Angelegenheit der zuständigen Behörde, um solche Dinge ein- für allemal zu unterbinden. Man hätte nun annehmen müssen, daß der Staatsanwalt Interesse für solche Vergehen zeigen würde. Aber nichts von dem! Selbst auf direkte Anzeige lehnte der Amtsanwalt eine Klage ab „mangels eines öffentlichen Interesses". Es kommt wiederrechtliches Eindringen in das Grundstück und Sachbeschädigung in Frage. Ja, wenn ein Kommunist sich so etwas erdreistet hätte, er wäre bereits am nächsten Tage verhaftet worden. So aber... Jeder reaktionäre Schupo kann demnach in Arbeiterwohnungen eindringen und dort hausen, wie ihm beliebt. Kein Staatsanwalt krümt ihm ein Haar. Wir sind überzeugt, daß auch dieser Fall das Ansehen der bürgerlichen Justizhure mindestens hebt. Oder sollte jemand anderer Meinung sein? Einst wird anderes Recht gesprochen.

Zschornewitz. Nochmals die wertbeständige Vorschuß- und Darlehens-Zahlung der Elektrowerke Aktiengesellschaft Berlin, zu denen auch das Kraftwerk Zschornewitz und die Grube Golpa gehören. Wie berechtigt die Kritik im „Klassenkampf" vom 10. Juli war, ist nachträglich von der Generaldirektion bestätigt worden, indem sie ausführt, daß sie auf Grund des BRG. nicht verpflichtet war, dem Betriebs- oder Arbeiterrat von diesen Maßnahmen mitzuteilen, sondern daß dies eine private Abmachung mit den betreffenden Belegschafts-Mitgliedern sei. Man bestimmt also vom grünen Tisch in Berlin aus, und die ausführenden Organe, in diesem Falle die Werksleitungen, müssen nach diesen Richtlinien arbeiten. Was es aber bedeutet, wenn sich der Betriebsrat seiner Aufgabe bewußt ist, sei damit bewiesen, daß diese Vorschuß- und Darlehens-Angelegenheit trotzdem zur Verhandlung gestellt wurde, wobei dem Herrn Generaldirektor das verblümte Eingeständnis der Richtigkeit der Ausführungen des Betriebsrates entschlüpfte. Als Erfolg für die Belegschaft kann gebucht werden, daß bei wirklichen Notlagen einzelner Belegschaftsmitglieder die Richtlinien dahingehend abgeändert werden, die Vorschuß- und Darlehens-Zahlungen nicht wertbeständig zu machen.

Aus der Jugendbewegung

Betriebszellen-Konferenz der Kommunistischen Jugend für den Bezirk Halle-Merseburg

Der organisatorische Umbau unserer Organisation, der anfangs so schwierig schien, bei dem man oft von „unüberwindlichen Hindernissen" sprach, vollzieht sich auch in unserem Bezirk systematisch. Die Jugendgenossen und -genossinnen haben erkannt, daß die Kraft der Arbeiterklasse im Betrieb liegt und daß sie nicht nur als diskutierende Kommissionen die Beschlüsse der Kongresse durchführen, sondern noch mehr im Bewußtsein der erfolgreichen Arbeit dazu übergehen, Zellen in allen Betrieben ins Leben zu rufen.

Am Sonntag fand die erste **Betriebszellen-Konferenz der Kommunistischen Jugend für den Bezirk Halle-Merseburg** statt. Nicht allein der gute Besuch, sondern daß vor allem Groß- und Mittelbetriebe ihre Vertreter entsandt hatten, erfüllte die erwarteten Hoffnungen, daß die Zellenarbeit im Bezirk gute Fortschritte zeitigt. Vertreten waren 20 Zellen, 15 Betriebe durch Vertrauensleute und etwa 8 Ortsgruppen mit insgesamt 115 Genossinnen und Genossen.

Der Genosse Rudolf von der Zentrale sprach zunächst über die politische Lage. In seinem Referat kreiste er die außenpolitischen Verhältnisse, von denen natürlich die innerpolitischen abhängig sind. Den Hauptteil seiner Ausführungen bildete die Faszistenbewegung. Wertvoll war besonders die Klarlegung der sozialen Struktur für den Bezirk Halle-Merseburg. Da es für den Kampf gegen die Faszisten notwendig ist, auch das Wesen des Faszismus zu erkennen, so waren die Ausführungen des Genossen Rudolf besonders wichtig für unseren Bezirk.

Genosse Samisch, Vertreter der Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg, ergänzte die Ausführungen des Genossen Rudolf, daß er näher auf die Ursachen einging, die die Proletarier in die Reihen des Faszismus getrieben haben. Die Enttäuschung an der Revolution, die immer grausamere Verelendung, der Verrat der legenannten Führer waren jene Triebkräfte, die zum Bürgerkrieg führten. Wir dürfen keine Revolution mehr in Filzpantoffeln machen, diese Erfahrung hat uns das brutale Abschlachten der Proletarier durch die Konterrevolution gelehrt. Das einzige geschlossene Handeln zwischen Partei und Jugend wird seine Früchte bringen. Die Arbeiterschaft und die Jugend Mitteldeutschlands steht bereit, wenn die Partei zum Kampf aufruft. (Beifall).

An der weiteren Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen aus dem Bezirk. Sie sprachen alle im Sinne der Genossen Rudolf und Samisch.

Auch über den nächsten Tagesordnungspunkt: Die Zellenarbeit sprach, da der Genosse Frenk (Essen) wegen der Verkehrssperre nicht erscheinen konnte, der Genosse Rudolf. Die Zellenarbeit ist keine Frage mehr, über die, ob sie zweckmäßig ist oder nicht, in der KJ. diskutiert wird, sondern sie ist eine praktische Aufgabe, die zu erfüllen ist. Am erfolgreichsten haben unsere Genossen im Ruhrgebiet gearbeitet. Genosse Rudolf führte Beispiele an, die für uns im Bezirk ein Vorbild sein sollten. Besonders hob Genosse Rudolf hervor, daß es unmögliche Schwierigkeiten nicht gibt. Nach dem Referat erstatteten die Vertreter der einzelnen Betriebe den Bericht über ihre Erfahrungen bei der Zellenarbeit. Aus allen Berichten klang immer wieder die Klage von den skandalösen Zuständen in allen Betrieben. Trostlose Lohnverhältnisse dort, wo die Jugendlichen den Wert der revuerfschutzlichen Organisation noch nicht erkannt haben. Brutale Behandlung überall da, wo die jungen Arbeiterinnen der Willkür des Unternehmers preisgegeben sind ohne jedweden Rückenhalt durch die KJ. Mit gepannter Aufmerksamkeit hörten die Anwesenden den Bericht einer Genossin aus einem hallischen Betrieb, wo bei einer aktiven Lohnbewegung selbst die Angehörigen der Stahlhelmgruppen als erste die Arbeit niederlegten. Aus diesem Bericht der Genossin ging hervor, wie erfolgreich die Arbeit ist, wenn systematisch und intensiv Zellenarbeit geleistet wird.

Darauf sprach die Genossin Wiedemann über „Unsere weitere Arbeit." Die Zellen seien zwar noch nicht das, was sie sein sollten, aber Ansätze sind vorhanden, die von uns ausgenutzt werden müssen. Eine systematische Zusammensetzung der Betriebszellenarbeit ist notwendig. Die Genossin gab an Hand reichlichen Materials Richtlinien für die kommende Arbeit, die jeder Genosse in seinem Betriebe zu leisten hat.

Nachdem noch einige Betriebsvertreter gesprochen hatten und von allen Anwesenden das Gelöbnis abgelegt war, mit erhöhter Kraftanstrengung nun an die Arbeit zu gehen, fand die Konferenz mit dem Gesang der „Internationale" ihren Abschluß.

Holzweißig. Kommunistische Jugend. Am Dienstag, dem 24. Juli, findet im Jugendheim (Alte Schule) ein öffentlicher Diskussionsabend über „Ruhrkrieg, Faszismus und die Stellung der arbeitenden Jugend" statt. Alle Jugendlichen sind eingeladen, ebenso fordern wir auch die Bitterfelder Genossen zum Besuch auf.

K·P·D Bezirksleitung für Halle-Merseburg. Burgen u. Kasse: Merseburgerstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Arthur Samisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Parteikassierer. Der laufende Monat muß bis Donnerstag, den 26. Juli, restlos mit der Ortskasse abgerechnet werden.

Funktionäre im Betrieb und Wohngebiet. Dienstag, 24. Juli, gleich nach Arbeitsschluß, wichtiges Material abholen vom Ortsbureau.

Funktionäre. Mittwoch, 26. Juli, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: Funktionärsitzung.

Fraktion der Holzarbeiter. Mittwoch, den 25. Juli abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Wichtige Sitzung.

Fabrikarbeiter. Mittwoch, 25. Juli, abends 7 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: Wichtige Sitzung.

1. u. 3. Distrikt. Dienstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt: Distriktversammlung. Genosse Urban spricht über die politische Lage.

halle-Saalkreis

Ammendorf. Mittwoch, 25. Juli, abends 8 Uhr: Gemeindevertretersitzung. Abends 8 Uhr im Gasthof „Elsterlust": Gr. Funktionärsitzung. Mitgliedsbücher mitbringen.

Bölberg. Mittwoch, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Wörmlitz: Oeffentliche Versammlung.

Morl. Mittwoch, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Stoye: Oeffentl. Versammlung.

Nietleben. Dienstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne": Mitgliederversammlung. Referent ist anwesend.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Mittwoch, 25. Juli, abends 6 Uhr: Fraktionssitzung der Bauarbeiter.

Greppin. Mittwoch, 25. Juli, abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Zschornewitz. Dienstag, 24. Juli, nachmittags 2½ Uhr, im „Kolonie-Gasthof": Fraktionssitzung des Kraftwerkes.

Zschornewitz. Mittwoch, 25. Juli, abends 7½ Uhr, im „Kolonie-Gasthof": Mitgliederversammlung.

Zörbitz. Mittwoch, 25. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Gothsche in Tannepölz: Oeffentliche Versammlung.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Baumgärtel, Delitzsch.

Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten.

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unbedingt in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält.

Auch können Schreibmaschinen aller Art von uns bezogen werden.

Volks-Feuerbestattungsverein Halle u. Umg.

Mittwoch, den 25. Juli, abends 7½ Uhr, im **„Volkspark".**

Mitgl.-Versammlung

Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Der Extrabeitrag für das 3. Quartal beträgt 2000 Mk. 3493

Die Mitglieder werden ersucht, mit den Beiträgen nicht im Rückstande zu bleiben, da sonst Ausschluß zu gewärtigen ist. **Der Vorstand.**

Hausfrauen!

kauft nur bei unseren Inserenten!

Mode-zeitungen

empfiehlt die **Volksbuchhandlg.**

Schlüsselbund verloren. Geg. Belohnung abzugeben bei Haack, Dölzstand „Riebeckplatz", gegenüber Goldene Kugel.

Frauen für leichte Nähearbeit **gesucht.** Angebote unt. 3496 a. d. Exp. d. Blg. erb.

Einen immer größeren Leserkreis erhält die Wochenzeitung

DAS WORT

die zu allen aktuellen Tagesfragen kritisch Stellung nimmt!

Wer sein Wissen bereichern will, der abonniere „Das Wort"

3499

ACHTUNG!

Händler, Klempner, Installateure, Schmiede usw.

Kaufe ständig jeden Posten

Altmetalle — Alteisen

zu höchsten Tagespreisen.

Holen Sie meine Offerte ein!

Arthur Bilke

Altmetalle — Alteisen — Rohprodukte

Martinstr. 3.

Telephon 6748.

Volkspark.

Dienstag:

11. Volkskonzert.

Anfang 8 Uhr. 3494

An unsere Inserenten!

Der jeweilige Preis der für die Berechnung der **Anzeigen** in Frage kommt, ist am Kopf unserer Zeitung angegeben. Eine besondere Benachrichtigung erfolgt nicht. **Verlag Klassenkampf.**

Geschäfts-Verlegung!!

Nicht mehr Geiststraße 39

3497 sondern

Tel. 3218 Trödel 2 Tel. 3218

direkt am Markt

kaufe ich sämtliche **Rohprodukte,** wie

Lumpen, Knochen, Papier, Alteisen, Metalle und Weinflaschen

stets zu Konkurrenzpreisen!!

Um weiteren Zuspruch bittet

V. Rosasco vorm. W. Voigt.

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerin

für **Groß-Kayna** zum 1. August **gesucht.** Gewissenhafte Bewerberinnen woll. sich melden bei Herrn **P. Lötcher** in **Groß-Kayna**

Zeitungsträgerin

für **Gräfenhainichen** z. 1. August oder früher gesucht. Gewissenhafte Bewerber wollen sich bei Herrn **Müller,** Gräfenhainichen, Wittenberger Straße 61, melden.

U.T. Leipziger Str. 88

Dr. Mabuse der Spieler

2. und letzter Teil

Inferno

Ein Spiel von Menschen unserer Zeit.

Zwei Herzen u. ein Schlag

Lustspiel in 2 Akten.

Beginn 4 Uhr.

W.T. Walhalla-Lichtspiel-Theater

Die Leipziger Seidel-Sänger

in einem neuen Programm.

Mac Bluff, der Sportkönig

Tolle Komödie in 5 Akten

Beginn 4.30

Wir bitten, mögl. die 1. Vorstellung 4.30 zu besuchen.

U.T. Alte Promenade 11 a

Der Wetter-wart.

Ein Drama zwischen Wolken u. Gletschern in 6 Akten.

Nun hat's geschnappt.

Lustspiel in 2 Akten. 3498

Beginn 4 Uhr.

Bekanntmachung.

Durch Gemeindebeschluß ist mit Zustimmung der Vollziehung der Gemeindeverwaltung hierselbst in Abänderung der früheren Festsetzung für das Grundstück Lindenstraße 67 — Front Ecke Tomaius- und Organdenstraße — eine neue Baufluchtlinie festgesetzt worden.

Da die Fluchtlinienänderung auf Antrag und im Einverständnis mit dem beteiligten Grundstückseigentümer erfolgt ist, haben wir den Plan nunmehr förmlich festgestellt. Der Plan kann im Rathaus, Wagegebäude, Zimmer 31, eingesehen werden.

Halle a. d. S., den 20. Juli 1923.

3492 **Der Magistrat.**

Unterstützt den „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230723-15/fragment/page=0004

Klassenkampf

Halle, 23. Juli 1923

Halle und Saalkreis

Halle, den 23. Juli 1923.

Heute beginnt die Antifaszistenwoche!

Die Kommunistische Partei hat für die Zeit vom 22. bis zum 28. Juli eine Antifaszistenwoche für das ganze Reich angesetzt. Ihr Zweck ist, die gesamte arbeitende Bevölkerung über das Wesen und die ungeheure wirtschaftliche und politische Gefahr des Faszismus aufzuklären, sie mit dem Bewußtsein der Notwendigkeit der Abwehr zu erfüllen, die geschlossene Front aller Arbeiter ohne Parteiunterschied zur Abwehr zu schaffen und zu formieren, die gemeinsamen Hundertschaften in den Betrieben zu bilden. Die Antifaszistenwoche soll ihren Höhepunkt am Sonntag, dem 29. Juli, mit dem Antifaszistentage erreichen. An diesem Tage wird in allen Teilen Deutschlands eine Riesendemonstration aller Werktätigen, ein Massenaufmarsch gegen die Hitler und Ludendorff stattfinden.

Die täglichen Meldungen über die faszistischen Attentate auf die deutsche Arbeiterschaft kennzeichnen die drohende Gefahr.

Die Antifaszistenwoche mobilisiert alle Mitglieder der Kommunistischen Partei zu intensivster Agitations-, Werbungs- und Organisationsarbeit.

Vor allem in den Betrieben. Jeder einzelne Kollege muß aufgeklärt und aufgerüttelt werden, jeder einzelne zur Teilnahme an der Antifaszistenwoche wie am Aufmarsch vom 29. Juli veranlaßt werden.

Arbeiter aller Parteien und Organisationen, Beamte, Angestellte, die Angehörigen der verarmten Mittelschichten, Männer, Frauen, Jugendliche — um sie alle muß geworben werden. Alle Scheu und alle Lässigkeit heißt es jetzt ablegen.

Der 29. Juli muß der rote Tag der Werktätigen, der schwarze Tag der Faszisten werden.

Heute beginnt die Antifaszistenwoche!

Alle an die Arbeit!

Kreiskonferenz des Saalkreises

In der Produktiv-Genossenschaft fand gestern eine gutbesuchte Kreiskonferenz für den Saalkreis statt, die zu den bevorstehenden wichtigen Aufgaben der Partei Stellung nahm. Nach einem Referat des Genossen Preßler über die politische Lage fand eine kurze Aussprache über die Betriebszellenarbeit statt, in der Genosse Schumann an einer Reihe von Beispielen zeigte, wie in der Betriebszelle erfolgreich gearbeitet werden kann. Ueber den Antifaszistentag am 29. Juli sprach Genosse Wollmann aus Ammendorf. Er zeigte auf Grund der faszistischen Provokationen der letzten Woche, wie ungeheuer groß die Gefahr für die Arbeiterschaft geworden ist und betonte, daß sich die Arbeiterschaft jetzt sammeln und Abwehrformationen bilden müsse. Genosse Kant von der Bezirksleitung teilte mit, daß die Bezirksleitung in den nächsten Tagen den Ortsgruppen noch nähere Anweisungen über den Antifaszistentag am Sonntag geben werde. In der weiteren Aussprache wurde von allen Rednern die sofortige Bildung von Abwehrformationen auch durch die Landbevölkerung gefordert, weil die Arbeiter auf dem Lande besonders schwer unter dem Terror der bewaffneten Faszistenhorden zu leiden haben. Zum Schluß wurden noch eine Reihe organisatorische Fragen erledigt. Gegen 2 Uhr nachmittags fand die gutverlaufene Konferenz ihr Ende.

Der Betriebsrat der Firma Kathe ein Musterexemplar

Unser Bericht über den „Muster"betrieb W. Kathe hat natürlich unter den Arbeitern und Angestellten eine kleine Rebellion hervorgerufen. Schon am frühen Morgen stand der Betriebsleiter mit dem „Klassenkampf" in der Hand im Betriebe und stellte Recherchen an über den bösen Menschen, der es gewagt hatte, die „Muster"firma anzugreifen. Die Firma scheint übrigens noch stolz auf die Hungerlöhne zu sein, die sie ihren Arbeiterinnen und Arbeitern anbietet.

Da die Frau des Hauses W. Kathe augenblicklich in München (!) weilen soll, wurde der Betriebsrat vor den Karren gespannt, der auch willig das auszuführen versuchte, was ihm die Firma aufgetragen hatte. Je ein „Vertreter" des Arbeiter- und Angestelltenrates kamen auf die Redaktion des „Klassenkampf", um hier den Namen des Artikelschreibers festzustellen. Eine sonderbare Auffassung scheinen diese beiden Betriebsratsmitglieder von den Pflichten eines Arbeitervertreters zu haben. Wirkliche Musterexemplare von Betriebsräten, die du glauben, durch Verdächtigung eines Kollegen der Firma eine Handhabe zu bieten, diesen Kollegen aufs Straßenpflaster zu setzen. Die klugen Interessenvertreter der Firma Kathe sind aber arg auf dem Holzwege. Unsere Informationen stammen aus einer Quelle, die nicht nur den Betriebsrat, sondern noch mehr die tüchtige Geschäftsleitung in Erstaunen setzen würde. Die Kommunisten haben ihr Nase eben überall.

Wie leichtfertig der „Arbeitervertreter" Koch von der Firma Kathe die Klagen seiner Arbeitskollegen nimmt, beweist, daß, als wir telephonisch beim Fabrikarbeiterverband um Auskunft über die uns zugegangenen Mitteilungen ersuchten, erst einmal von dem sauberen Gewerkschaftsangestellten auf unsere Fragen keine Antwort erhielten, trotzdem der Betriebsrat Koch neben dem Telephon im Bureau des Verbandes gestanden haben will. Vielleicht reden die Belegschaftsmitglieder einmal ein ernstes Wörtchen mit solchen „Vertretern". Eine Belegschaft, die solche Leute als Betriebsräte wählt, die nur die Interessen der „armen" Firma im Auge haben, wird einsehen müssen, daß sie nicht vorwärts kommen kann. Sollte der Betriebsrat die Interessen des Unternehmers weiter so gut vertreten, so muß einmal eine höhere Instanz der Arbeiterschaft die Frage des Musterbetriebsrates bei der Firma Kathe aufrollen.

Fluchend und schimpfend verließen die beiden Abgesandten der Firma die Redaktion des „Klassenkampf", wohl einsehend, daß dort der unrechte Ort war, Unternehmer in Schutz zu nehmen.

Ortskrankenkasse und Unternehmervertreter

Die so groß angelegte Offensive des Unternehmertums unter Führung seines Generalissimus Riemer gegen das Selbstverwaltungsrecht der AOK. ist (ach wie bald) steckengeblieben und zu einem langweiligen Stellungskrieg mit allen seinen Begleiterscheinungen geworden. Daß die Unternehmer tatsächlich nicht das so oft betonte Interesse der Mitgliedschaft im Auge haben, im Gegenteil solches rücksichtslos hintenan setzen, wenn sie ihre Sonderinteressen gefährdet sehen, hat die letzte Vorstandssitzung deutlich bewiesen. Die sonst so feinfühligen Herrschaften hatten plötzlich kein Verständnis dafür, daß sich Arbeitnehmervertreter weigern konnten, sich mit Riemer zusammen an den Verhandlungstisch zu setzen. Riemer hat sich u. a. der Verleumdung und Beleidigung von Vorstandsmitgliedern schuldig gemacht. Gegen ihn schwebt gegenwärtig ein Disziplinarverfahren. Als nun durch Vorstandsbeschluß festgestellt wurde, daß Riemer bis zur Erledigung seines Disziplinarverfahrens von der Teilnahme an den Vorstandssitzungen ausgeschlossen ist, erklärten die Arbeitgeber, daß sie dann ebenfalls die Vorstandssitzungen meiden würden. Sie verließen daraufhin auch die Sitzung. Wir stellen also fest, daß sich die Arbeitgebervertreter durch diese Handlung in vollem Umfange mit Riemer solidarisieren und dessen Angelegenheit zu der ihrigen machen. Es wird notwendig sein, sich dessen zur gegebenen Zeit zu erinnern. Wir stellen weiter fest, daß diese Handlung der Unternehmer darauf hinausläuft, sich um die Verantwortung zu drücken. Nachdem diese mit Hilfe Riemers die Karre gründlich in den Dreck gefahren haben, versucht man jetzt, die Verantwortung den Arbeitnehmervertretern aufzuladen. Die Arbeitnehmervertreter, soweit sie uns nahe stehen, sind bereit, die Verantwortung im Interesse der Mitgliedschaft auf sich zu nehmen. Vermerkt werden muß noch, daß sich der VSPD.-Löffler den Unternehmern dadurch besonders zu empfehlen versuchte, daß er beantragte, auch den Genossen Pfeiffer von der Teilnahme an den Vorstandssitzungen auszuschließen, ohne dafür eine Begründung zu erbringen. Die Unternehmer verabfolgten Löffler gleich selbst die verdiente Ohrfeige und erklärten, daß sie an diesem Antrage kein Interesse hätten. Löffler war auch dafür, daß Riemer weiterhin zu den Vorstandssitzungen zugezogen wird. Er ließ somit jedes Reinlichkeitsgefühl vermissen. Als sein Antrag unter den Tisch fiel, sabotierte er mit dem christlichen Zwanzig zusammen ebenfalls die Sitzung. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir die Vermutung aussprechen, daß man nunmehr erneut mit dem kommunistischen Popanz bei der Ortskrankenkasse hausieren gehen wird, um die Spießer zu beunruhigen und Herrn Finger vom Versicherungsamt zu neuen Heldentaten zu veranlassen.

Der „Bunte Abend" im „Volkspark"

Eine Erklärung der kommunistischen Mitglieder des Arbeiter-Bildungsausschusses

Es ist uns nicht möglich, nachzuprüfen, inwieweit die Kritik des „Klassenkampf" über die Darbietungen des Bunten Abends zutreffen. Wir wissen auch nicht, ob der Genosse Hölz und die Arbeiterschaft durch Kabarettvorträge verhöhnt worden sind. Wir zweifeln aber auch nicht, daß der Bericht des „Klassenkampf" den Tatsachen entspricht. Die kommunistische Fraktion des Bildungsausschusses erklärt deshalb, ihre Hand hierbei nicht im Spiele gehabt zu haben. Diese Veranstaltung im „Volkspark" ist nicht vom Arbeiter-Bildungsausschuß vorbereitet worden, sondern nur von dem Kollegen Wielepp im Einverständnis mit dem Geschäftsführer des „Volkspark", Koch. Wir erklären weiter, daß wir von dieser Veranstaltung zu spät erfahren haben, um zu verhindern, daß der Name des Bildungsausschusses mißbraucht werden konnte. Es ist für uns ganz selbstverständlich, daß der Bildungsausschuß ganz andere Aufgaben zu erfüllen hat, als für Kabarettsänger Propaganda zu machen. Was Wielepp veranlaßt hat, dem Abend das Firmenschild des Bildungsausschusses umzuhängen, findet vielleicht darin eine Erklärung, daß er dem „Volkspark" ein gutes Geschäft zukommen lassen wollte. Das aber kann niemals Aufgabe des Bildungsausschusses sein.

Richard Kutzschbach.

* **„Die Kleinen hängt man ..."** Vom Amtsgericht, Abteilung für Wuchersachen im beschleunigten Verfahren, wurde erkannt: 1. gegen einen hiesigen Schuhwarenhändler wegen unterlassener Auszeichnung von Waren auf eine Geldstrafe von 50 000 Mk.; 2. gegen eine hiesige Händlerin, die, ohne im Besitz einer Großhandelserlaubnis zu sein, Gemüse an eine andere Händlerin abgegeben hatte, auf eine Geldstrafe von 30 000 Mk.; 3. bis 6. gegen vier hiesige Händler wegen übermäßiger Preisforderung für Butter auf Geldstrafen von 75 000 Mk., 125 000 Mk., 250 000 Mk. und im letzten Falle auf 500 000 Mk. und Einziehung des übermäßigen Gewinns in Höhe von 150 000 Mk. Gegen die als Lieferanten dieser Händler in Frage kommenden Molkereien, die den amtlichen Notierungspreis nicht unerheblich überschritten hatten, ist seitens der Staatsanwaltschaft ein besonderes Strafverfahren eingeleitet worden.

* **Erhöhung der Benutzungsgebühren für städtische Krankentransportwagen.** Für jede Inanspruchnahme eines Wagens innerhalb des Stadtgebietes sind, auch wenn bei seinem Eintreffen der beabsichtigte Transport nicht ausgeführt werden sollte, zu zahlen: für einheimische Kranke 33 000 Mark, für auswärtige Kranke 50 000 Mark. Krankenkassenmitglieder zahlen die gleichen Sätze.

* **Rasende Geldentwertung.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 23. d. M. an bis auf weiteres zum Preise von **900 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 450 000 Mark für ein Zehnmarkstück.** Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum **20 000fachen Betrage des Nennwertes.**

* **Für den Kampffonds der oppositionellen Metallarbeiter** wurden auf Liste Nr. 243 im Leunawerk 277 000 Mk. gesammelt. Kollegen, folgt unserem Beispiel!

Ausschneiden! **Aufheben!**

Die Postgebühren am 1. August

Postkarten: Mk.

a) im Ortsverkehr	200
b) im Fernverkehr	400

Briefe:

a) im Ortsverk. bis 20 Gr.	400
über 20 bis 100 Gramm	600
über 100 bis 250 Gramm	1000
über 250 bis 500 Gramm	1200
b) im Fernverkehr bis 20 Gr.	1000
über 20 bis 100 Gramm	1200
über 100 bis 250 Gramm	1500
neu üb. 250 bis 500 Gramm	1800

Drucksachen:

bis 25 Gramm	200
über 25 bis 50 Gramm	400
über 50 bis 100 Gramm	600
über 100 bis 250 Gramm	1000
über 250 bis 500 Gramm	1200
über 500 Gr. bis 1 Kilogr.	1500
über 1 bis 2 Kilogr. (nur f. einzeln versandte, ungeteilte Druckbände	1800

Geschäftspapiere und Mitteilsendungen:

bis 250 Gramm	1000
über 250 bis 500 Gramm	1200
über 500 Gr. bis 1 Kilogr.	1500
Päckchen bis 1 Kilogramm	2000

Warenproben:

bis 100 Gramm	600
bis 250 Gramm	1000
über 250 bis 500 Gramm	1200

Pakete:

kg	1. Zone bis 75 km Mk	2. Zone über 75 bis 375 km Mk	3. Zone über 375 km Mk
bis 3	2 400	4 800	4 800
üb. 3— 5	3 600	7 200	7 200
„ 5— 6	4 200	8 400	12 600
„ 6— 7	4 800	9 600	14 400
„ 7— 8	5 400	10 800	16 200
„ 8— 9	6 000	12 000	18 000
„ 9—10	6 600	13 200	19 800
„ 10—11	7 500	15 000	22 500
„ 11—12	8 400	16 800	25 200
„ 12—13	9 300	18 600	27 900
„ 13—14	10 200	20 400	30 600
„ 14—15	11 100	22 200	33 300
„ 15—16	12 000	24 000	36 000
„ 16—17	12 900	25 800	38 700
„ 17—18	13 800	27 600	41 400
„ 18—19	14 700	29 400	44 100
„ 19—20	15 600	31 200	46 800
f. Zeitungspak. bis 5 Kilogr.	1 800	3 600	3 600

Postanweisungen:

b. 10 000 Mk.	800
üb. 10 000 „ 50 000 „	1000
„ 50 010 „ 100 000 „	1200
„ 100 000 „ 200 000 „	1800
„ 200 000 „ 300 000 „	2400
„ 300 000 „ 400 000 „	3000
„ 400 000 „ 500 000 „	3600
„ 500 000 „ 750 000 „	4200
„ 750 000 „ 1 000 000 Mk.	Meistbetr. 4800

(Meistbetrag ist von 500 000 Mk. auf 1 000 000 Mk. erhöht.)

Die Postscheckgebühren

steigen von 200 Mk. für 10 000 Mk. bis zu 2 000 Mk. für mehr als 2 000 000 Mk. (unbeschränkt).

Die Einschreibegebühr

ist auf 1 000 Mk., die Vorzeigegebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 500 Mk. festgesetzt.

Die Einziehungsgebühr

bei Nachnahmen und Postaufträgen von 1 von jedem angefangenen Tausend der eingezogenen Beträge bleibt unverändert.

Für Telegramme

werden erhoben: im Fernverkehr eine Grundgebühr von 1600 Mk. und eine Wortgebühr von 800 Mk.; im Ortsverkehr eine Grundgebühr von 800 Mk. und eine Wortgebühr von 400 Mk.

Im Fernsprechverkehr

bleiben die Jahresgrundgebühren für einen Fernsprechanschluß unverändert. Die Ortsgesprächsgebühren betragen 500 Mk. für jedes Gespräch. Die Ferngesprächsgebühren betragen für ein Gespräch bis 3 Minuten Dauer bis zu 5 Kilometer einschließlich 500 Mk., steigend bis zu 7500 Mk. bei 50 bis 100 Kilometer, für jede angefangenen weiteren 100 Kilometer 3000 Mk. mehr. Die Teilnehmer können ihre Einrichtungen aus Anlaß der Gebührenerhöhung auf den 31. Juli oder 30. September 1923 kündigen.

Auslandsgebühren:

Briefe bis 20 Gramm	3000 Mk.
für jede weitere 20 Gramm	1500 Mk.
Postkarten	1800 Mk.
Drucksachen für je 50 Gramm	600 Mk.
Geschäftspapiere für je 50 Gramm	600 Mk.
mindestens	3000 Mk.
Warenproben für je 50 Gramm	600 Mk.
mindestens	1200 Mk.

* **Kommunistische Jugend.** Alle Zehnerschaftsführer müssen heute abend 8 Uhr im Jugendheim erscheinen. Material ist mitzubringen.

* **Mieter des Südens** (Merseburger Straße und angrenzender Nebenstraßen). Mittwoch, abends ½8 Uhr, Versammlung in der Johannesschule (Turnhalle), Riebenauer Straße. Wichtige Angelegenheit.

* **Der Volks-Feuerbestattungsverein Halle und Umgegend** hält am Mittwoch, dem 25. Juli, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" eine Mitgliederversammlung ab. Der Extrabeitrag für das dritte Quartal beträgt 2000 Mk. Die Mitglieder werden ersucht, den Extrabeitrag sofort abzuführen.

* **Von Schlachtfeld der Arbeit.** Durch heiße Dämpfe verrätselten sich in der Kröllwitzer Papierfabrik am Sonnabendnachmittag zwei Arbeiter derart stark, daß die Verunglückten mit einem Krankenwagen der Feuerwehr dem Diakonissenhaus zugeführt werden mußten.

* **Wem gehört der Handwagen?** Am 10. Juli ist in der Geiststraße ein zweirädriger Handwagen gefunden worden. Er ist zwei Meter lang und 70 Zentimeter breit. Die Räder sind etwa 80 Zentimeter hoch. Der Wagen ist ungestrichen. Der Eigentümer wird gebeten, sich im Polizeiamt, Klosterstraße, zu melden.

Theater und Konzerte

Arbeiter-Bildungsausschuß. Morgen, Dienstag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" das 11. volkstümliche Sommerkonzert statt. Das Programm weist diesmal wieder eine Reihe äußerst beliebter Musikstücke auf, so daß die Besucher des Konzertes einige angenehme Stunden in dem eigenen Heim der hallischen Arbeiterschaft verleben werden. Der Eintrittspreis ist auf 2500 Mk. festgesetzt. Abonnenten zahlen 1000 Mk. nach.

Eisleben. Die gebotene Kleinkunst erhebt sich nicht über den Durchschnitt, vielleicht aber allgemein gut zu unterhalten. Der Komiker ist lad und langweilig. Einige Bogerinnen schlagen sich um Kotelett und Wurstchen regelrecht in die Haare.

Filmnachrichten

C.-T. Am Riebeckplatz. Jugendglück und Liebesleid ist ein Filmkampfspiel, das allen Anforderungen an ein solches Unterhaltungsprodukt gerecht wird. Musik und Gesang stellen eine harmonische Verbindung zur Leinwand her. „Der Modellfräulein" zeigt ein flottes Zusammenspiel der Bühnenkünstler und hat die gewünschte lächerliche Mixtung.

C.-T. Große Ulrichstraße. Der 2. und 3. Teil des Sensationsfilms „Der Michelwind" setzt die möglichen und unmöglichen Flimmöglichkeiten im Wasser, zwischen Himmel und Erde usw. fort und hält den Leser der Old-Wäwerin-Schmöker in atemloser Spannung. Die Filmindustrie ist von einer kulturfördernden Bauernerzählung ihrer technischen und künstlerischen Möglichkeiten noch sehr weit entfernt. Freilich, die Profitwirtschaft ...

Ammendorf. Die Stahlhelmleute sind in den letzten Wochen überall sehr rührig geworden. Sie versuchen nicht nur in den Städten und auf dem Lande festen Fuß zu fassen, sondern auch in den Betrieben. In dem Abraumbetrieb der Grube v. d. Heydt versucht jetzt Herr Klostermann, ein äußerst reaktionärer Bursche, indifferente und unzufriedene Elemente für die dunklen Ziele der faszistischen Mörderbanden einzufangen. Die klassenbewußten Arbeiter in diesem Betriebe haben die Pflicht, die Arbeiter über den Charakter der faszistischen Organisationen aufzuklären und das Treiben des Herrn Klostermann zu unterbinden.

Nietleben. Skandalöse Zustände herrschen in der Dölauer Haristeinfabrik. Trotzdem Ueberstunden über Ueberstunden geschoben werden, finden immerfort Entlassungen statt. Wer sich weigert, Ueberstunden oder Akkordarbeit zu leisten, wird entlassen, oder solange schikaniert, bis er selbst die Papiere verlangt. In den letzten Wochen sind wieder zehn Arbeiter entlassen worden. Der Betriebsführer macht, was er will. „Wem die Arbeit hier nicht paßt, der kann gehen," so lautet die stereotype Antwort des Betriebsleiters auf alle Beschwerden. Die Arbeit ist so eingerichtet, daß jeden Abend Ueberstunden gemacht werden müssen. Einige Arbeiter machen bis zu 60 Ueberstunden in einer Woche. Wir werden diese Ueberstunden nächstens in aller Oeffentlichkeit anprangern. Ein Betriebsrat oder einen Betriebsvertrauensmann gibt es nicht. Die besten und mutigsten Kollegen werden rausgeschmissen. So will es die Firma haben. Die Arbeiter finden nicht den Mut, gegen diese Zustände Front zu machen. Der fürchterlichste Rabbau wird sowohl an den Menschen wie auch an den Maschinen getrieben. Reparaturen werden fast gar nicht durchgeführt. Nach uns die Sintflut! so denkt die Betriebsführung und preßt die Menschen wie eine Zitrone aus. Das muß jetzt anders werden! Die dort beschäftigten Arbeiter müssen sich auf sich selbst besinnen und durch ihre Geschlossenheit bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erkämpfen. Sie werden schon jetzt erfahren haben, daß sich auch durch die vielen Ueberstunden ihre Lage nicht gebessert hat und ihre Familien kein Stück Fleisch mehr essen können. Wohl aber haben sie dadurch anderen arbeitslosen Kollegen die Arbeit weggenommen. Die Arbeiter müssen jetzt sofort dazu übergehen, sich einen Vertrauenskörper zu wählen und sich geschlossen hinter diesen stellen. Weiter aber ist es auch ihre Pflicht, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren und sich einzureihen in die revolutionäre Kampffront der Kommunistischen Partei.

Morl-Plötzau. Eine öffentliche Versammlung findet am Mittwoch, dem 25. Juli, in Morl statt. Die Tagesordnung lautet: „Am Vorabend des Bürgerkrieges." Da sich in unseren Orten die Faszisten ebenfalls zu rühren beginnen, ist es notwendig, daß sich die Arbeiterschaft über die wahren Ziele des Stahlhelms usw. informiert. Die Vorsitzenden der Arbeitervereine werden aufgefordert, unter ihren Mitgliedern rege Propaganda zum Besuch der Versammlung zu machen.

Der Antifaszistentag

muß alle proletarischen Frauen auf dem Plan finden. Neben dem Männern müssen die Frauen demonstrieren und ihren Willen kundgeben, den menschenunwürdigen Verhältnissen, unter denen sie leben, ein Ende zu machen!

Verantwortlich: Konrad Finkelmeier für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kreß, Halle, Barchenfeldstraße 14.

Sammelt für die „Rote Hilfe"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230723-15/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Bühne und Klassenkampf

Von Rudolf Franz, Leipzig

Die starken Wirkungen, deren das Theater auf die Seele des Menschen und vollends auf die Massenseele fähig ist, haben ihm oft zu einer wichtigen Rolle im Klassenkampfe verholfen. Zu allermeist handelte es sich freilich nur um eine sozusagen instinktmäßige Ausnutzung dieser Wirkungen, und dabei ist noch die Tatsache der Wechselwirkung insofern zu beachten, als zu überall dort, wo die Gesellschaft in Klassen geschieden war, das Theater wie jede öffentliche Einrichtung dem Instinkte der herrschenden Klasse entgegenkommen mußte. Das Urbild unserer heutigen Dramen, nämlich die antike Tragödie der Griechen, war ursprünglich eine bloß religiöse Angelegenheit. Aber schon zur Zeit ihrer höchsten Blüte, im 5. Jahrhundert vor Christi, wird diese Tragödie deutlich als ein Instrument der Klassenherrschaft erkennbar. Den staatlichen Schiedsrichtern, die über den Wert der aufgeführten Stücke zu entscheiden haben, war es etwas Selbstverständliches, sich bei ihrem Urteil von der Tendenz dieser Stücke leiten zu lassen. Sie schützten also nicht etwa ästhetische Gründe vor, sondern verfuhren ganz offen nach politischen Gesichtspunkten. Sophokles, der gefeiertste Dichter dieser Epoche, erhielt ausdrücklich um seiner als Dramatiker bewiesenen Einsicht willen hohe Staatsämter. In seinen Dramen nun spiegelt sich tragisch die gewaltige Umwälzung, die das hellenische Wirtschaftsleben damals erfahren hatte, eine Umwälzung, die durch die rapide Entwicklung des Handels und die Einführung der Münze gekennzeichnet wird. Der Gegensatz zwischen Grundbesitz und beweglichem Besitz führte zu heftigen Klassenkämpfen, und Sophokles, selber von altpatrizischer Herkunft, stellte sich auf die Seite der konservativen Schicht. Natürlich schrieb er nun nicht etwa agrarische Tendenzdramen, sondern es ist die Ethik seiner Stücke, in der sich seine Parteinahme für die überlebte Kultur offenbarte. Diese Parteinahme ging soweit, daß wir gerade in den stärksten seiner uns erhaltenen Dramen, die sich um die Gestalt des Oedipus gruppieren, lebhaft den Schmerz um das verlorene Ideal des patriarchalischen Urkommunismus anklingen hören. Darüber hinaus aber läßt er sogar leidenschaftliche Reden gegen das Geld halten und verrät so zwar deutlich die Erkenntnis der zersetzenden Wirkung dieses neuen Faktors im Wirtschaftsleben, aber kein Verständnis für seine historische Rolle als Hebel der Entwicklung.

Ganz im Gegensatz zu Sophokles vertrat sein jüngerer Zeitgenosse Euripides eine Weltanschauung, deren Individualismus im offenbaren Zusammenhang mit den Anschauungen der neuen ökonomischen Klassen stand. Hatte Sophokles, gleichsam danach getrachtet, dem Volke die Religion zu erhalten, so ging Euripides sehr respektlos mit den göttlichen Dingen um, und das erklärt angesichts der Machtverhältnisse, wie sie damals obwalteten, ohne weiteres den Mißerfolg, den dieser Dichter bei allen offiziellen Instanzen zeitlebens zu verzeichnen hatte. Erst eine spätere Zeit, in der sich gleichsam der Liberalismus durchgesetzt hatte, ermöglichte einem Aristoteles das unbefangene Urteil, dieser Euripides sei der tragischste unter den großen Dichtern gewesen. Uebrigens ist der Vergleich zwischen jener Zeit und unserem neunzehnten Jahrhundert auch sonst sowohl nach der wirtschaftlichen wie nach der ideologischen Seite sehr wertvoll, und es gibt verblüffende Uebereinstimmungen. Bei Aristophanes und anderen Komödiendichtern spiegeln sich die Klassenkämpfe natürlich noch viel unmittelbarer wider.

Das Theater der Römer, um von dieser Epoche, die keine überragende Bedeutung für die Kunst besessen hat, überhaupt zu reden, war im wesentlichen ein Abklatsch des vorausgegangenen griechischen Dramas, entbehrte aber fast völlig der ethischen Werte. Den Römern war das Theater eine sehr äußerliche Unterhaltung, und die Machthaber nutzten es eben in dieser Hinsicht aus, um durch Schaustellungen die Massen für sich zu stimmen. Jene Politik, die durch das Wort „Brot und Spiele" gekennzeichnet wird, begriff unter den Spielen die Gladiatorenkämpfe ebensogut wie die eigentlichen dramatischen Aufführungen.

Lange Jahrhunderte abermals später finden wir dramatische Experimente im Dienste der Kirche. Deren alles umfassende Organisation verschmähte nicht, auch das Schaubedürfnis ihren Zwecken dienstbar zu machen, und wenn sie dabei zunächst religiöse Gegenstände bevorzugte, so zwang doch die Rücksicht auf weltliche Konkurrenz von allerhand Gauklern zu weitgehenden Konzessionen, so daß man sich nicht scheute, in den Kirchen sehr derbleste Stücke aufzuführen und auch in gewissen Passionsspielen komische Einlagen zu bieten, wie etwa einen Wettlauf zum Grabe Jesu.

So war die Theaterpolitik der herrschenden Klassen jahrtausendelang auf die Verdummung der unterdrückten Klassen bedacht. Auch bei Shakespeare finden wir, da er als Dramatiker und Bühnenleiter durchaus vom Hofe und der Junkerklasse abhing, eine ganz naive aristokratische Tendenz, die von den Massen, soweit sie als Publikum überhaupt in Frage kamen, unbesehen hingenommen wurde. Erst der nun allmählich einsetzende Kampf des neuen Bürgertums zeigt uns zunächst zaghaft, dann immer dreister die Bühne in den Dienst der unterdrückten Klassen gestellt. Die Verherrlichung der alten Mächte wird abgelöst durch Kritik an ihnen, durch Empörung gegen sie. Von Molière bis zu Lessing und dem jungen Schiller geht der dramatische Kampf des Bürgertums gegen die alten Mächte, ein Kampf, der bei Molière, dem Hofdichter des vierzehnten Ludwig, noch sehr versteckt geführt und durch den gleichzeitigen Kampf gegen das junge kapitalistische Bürgertum erst recht verhüllt wird, um bei den deutschen Dichtern umso offener in Erscheinung zu treten. Es bleibt immer merkwürdig und ein ehrendes Denkmal für den freiheitlichen Geist der deutschen Intelligenz im 18. Jahrhundert, daß sie unter dem finstersten Absolutismus eine revolutionäre dramatische Kunst hervorgebracht hat. Umso schmählicher verrieten die späteren Generationen des deutschen Bürgertums des 19. Jahrhunderts die große Tradition und erniedrigten die Bühne, nachdem sie schon lange nur ein ästhetischer Tummelplatz politisch verzweifelter Geister gewesen war, schließlich zur bloßen Vergnügungsstätte.

Der Aufstieg des Proletariats zeitigte manchen Versuch, die Bühne wieder in den Dienst des revolutionären Klassenkampfes zu stellen. Dieser Versuch durchkreuzte teils die liberale Intelligenz, indem sie die oppositionellen Gelüste breiterer Massen auf die Bekämpfung der reaktionären Tendenzen höfischer und städtischer Bühnen einschränkte, teils wurde er durch die unmittelbare politische Betätigung überflüssig gemacht oder doch zurückgedrängt. Es war nicht mehr nötig, wie hundert Jahre früher, die Dinge verschleiert auf der Bühne zu zeigen und zu sagen. Man konnte sie auf der Tribüne, in Parlamenten und Versammlungen viel offener vorbringen.

Aber es scheint, daß wir wieder in einer neuen Phase der dramatischen Kunst stehen. Es ist vielleicht so, daß die verstandsmäßige und auf das ökonomisch materielle Interesse ausgehende politische Agitation gerade heute einer gefühlsmäßig ideologischen Ergänzung bedarf, wie sie das Theater am stärksten vermitteln kann. Natürlich bietet aber das Theater, ja selbst das Drama in seiner gegenwärtigen Form dafür nur geringe Möglichkeiten. Offenbar muß erst wieder ein Weg gefunden werden, um zwischen Dichtern und Darstellern einerseits und ihrem Publikum andererseits eine enge und organische Verbindung herzustellen. In den Anfängen aller dramatischen Kunst bestand diese Verbindung. Das Publikum spielte mit, die Spielenden waren zugleich selber Publikum.

Ueber das Wie und auch über das Ob weiter zu orakeln, wäre müßig. Man könnte höchstens den Massen, die ja zugleich Schaffende, Nachschaffende und Schauende hervorbringen sollen, aufmunternd zurufen:

„Beisammen sind wir — fanget an!"

Proleten

Uebermittelt durch die Rote Hilfe

Die Konferenz der Eisenbahner der Moskau—Kasan-Linie ging zu Ende. Ueber den Gesichtern der in dem Verwaltungsgebäude der Moskau—Kasan-Bahn versammelten Delegierten lag die Müdigkeit langer Konferenztage. Alles wartete schon des Schlusses. Noch einige Mitteilungen — und dann streben die einfachen Proleten wieder hinaus, — die weite Strecke Moskau—Kasan entlang.

Das Präsidium erhebt sich; — Genossen! Es ist noch ein Delegierter unserer deutschen — Bruderpartei eingetroffen, um Euch mit einigen Worten zu begrüßen und im Namen der politischen Gefangenen, im Namen der Internationalen Roten Hilfe, einige Worte an Euch zu richten. — Wie ein Ruck geht es durch die Versammlung; — Deutschland, — Ruhrkampf —; ein Aufflammen huschte über die Gesichter der versammelten Delegierten. Man merkt es wohl, — plötzlich, aus tagelanger Kleinarbeit der Konferenz, springt ein gewaltiges Ziel wieder vor den Versammelten auf. — Revolution —, die sie selbst erlebt, die weiter zu tragen ihr letztes Ziel ist. — Der Delegierte gibt kurze, knappe Bilder über Deutschland, den Kampf des Ruhrproletariats, den Elendszug des deutschen Proletariats. — Sozialdemokraten, Stinnes-Bourgeoisie, Entente-Kapitalismus, Verrat auf allen Seiten, — und doch — Ruhrgebiet, Sachsen, sind die ersten Zeichen neuer Stürme, zeigen den versammelten Eisenbahnern den neuen Zug, den neuen Auftakt des deutschen Proletariats. Einige schlichte Zahlen über die Lebensverhältnisse, Lohn — und Preisbewegung in Deutschland zeigen die Wurzeln der Massenbewegung, die verbunden mit dem Ruhrkampf neue Perspektiven eröffnet. Die Konferenz hört gespannt; — Frauen blicken starr nach der Tribüne, von der ein neuer Atemzug deutscher Revolution auf die Delegierten einströmt. Es werden keine Hoffnungen gemacht, einfache Tatsachen; und doch sehen diese Proleten, die fünf Jahre lang durch blutige, revolutionäre Kämpfe schritten, in den einfachen Tatsachen mehr, als vielleicht selbst die, die an der Ruhr stehen, mitten im Kampf. Es sind für diese Proleten zu bekannte Erlebnisse, Stücke . . . ihrer eigenen Vergangenheit. Der deutsche Genosse spricht weiter; spricht über die Opfer des Kampfes, die Not, das Elend in den Familien der Opfer, über die Not der Gefangenen selbst. Er entrollt Ziffern, Ungarn, Italien, Deutschland — Rachezziffern. Die Taten der internationalen Bourgeoisie steigen an zu gewaltigem Ausmaß. Lautlos hört die Konferenz den Hilferuf der Gefangenen. Der Redner schließt. Stürmischer Beifall. Die Versammlung wartet gespannt, noch muß etwas kommen. — Es spricht noch ein Genosse. Nachdem er geendet, erhebt sich das Präsidium und schlägt der Versammlung vor: aus der Verbandskasse 150 000 Rubel (150 Millionen Mark) zur Unterstützung der Opfer des revolutionären Klassenkampfes des internationalen Proletariats der IRH. zur Verfügung zu stellen, ferner zur besonderen Unterstützung des Kampfes der Ruhrproletarier 1200 Pud Mehl nach dem Ruhrgebiet zu senden. Die Versammlung antwortet auf den Vorschlag des Präsidiums mit stürmischem, nicht endenwollendem Beifall. Wie ein Freudenschrei klingt es aus dem Beifallsjubel der Versammlung, — die Augen leuchten, und über der großen Versammlung liegt es wie ein Freudenschrei marschierender Heere. — Ein neuer lebendiger Zug geht durch die Massen Europas.

Das ist das, was aus den Herzen der versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen jubelt, tiefstes Erlebnis, internationale Solidarität.

Ein Heilserum gegen Krebs

Nach Mitteilungen, die durch die Presse gehen, hielt im Hamburger ärztlichen Verein Professor Kotzenberg einen Vortrag über ein von Professor Deutschmann erfundenes und dann weiter vervollkommnetes Serum gegen den Krebs. Nach mehrjährigen Versuchen sei es gelungen, ein Serum herzustellen, das in geringen Dosen anscheinend das Wachsen der Krebsgeschwülste verhindere und in größeren, lange Zeit hindurch gegebenen Dosen eine Heilwirkung, besehen im Zerfall der Krebsgeschwülste, erzeugt. In denjenigen vorgestellten Fällen, in denen die Kur viele Monate hindurch angewendet werden konnte, sei einschränkungslos von einer Heilwirkung zu sprechen. Bei einem noch in Behandlung befindlichen Falle hätte der durch höhere Serumdosen bewirkte erhebliche Zerfall der Krebsgeschwulst festgestellt werden können.

Dazu schreibt ein Fachkundiger R. L. der „V. Z.":

Offenbar handelt es sich bei dieser Mitteilung um das der Krebsforschern schon seit längerer Zeit bekannte Mittel Deutschmanns, Tumoridin. Wenn der Inhalt der Mitteilung sich auf längere Zeit hinaus bewahrheiten sollte, dann scheint es gelungen zu sein, das bisher den Aerzten zur Verfügung gewesene Tumoridin erheblich zu verbessern. Bei der Herstellung des Mittels ging Professor Deutschmann von der Vorstellung aus, daß zwischen den Zellen der Geschlechtsdrüsen und denen der Krebsgeschwülste gewisse biologische Aehnlichkeiten beständen. So wie man zur Gewinnung von Diphtherieserum Pferde mit Diphtheriebazillen vorbehandelt, so wurden nach der Anweisung Deutschmanns Pferde mit Extrakten von Hoden und Eierstöcken vorbehandelt. Das dann nach einiger Zeit von diesen Pferden gewonnene Serum — nunmehr Tumoridin genannt — wurde den Krebskranken eingespritzt. Die Einspritzung rief ziemlich heftige Reaktionen an der Erkrankungsstelle hervor und bedeutete für die Kranken eine nicht geringe Belästigung. Aber es war deutlich in vielen Fällen ein Zerfall der Geschwülste zu beobachten. Längere Zeit hindurch sind solche Behandlungen auch im Institut für Krebsforschung unter Leitung von Geheimrat Blumenthal in der Berliner Charité ausgeführt worden. Die ursprüngliche Wirkung zeigte sich aber nicht von Dauer, und der eingetretenen Rückfälle wegen hatte man die Versuche eingestellt.

Neue Hilfe für Sowjet-Rußland. Der am 17. Juni in Berlin stattgefundene allgemeine Kongreß für „Wirtschaftshilfe und Wiederaufbau in Sowjet-Rußland" hatte beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die dauernd die Verbindung zwischen den einzelnen in Rußland tätigen Hilfskomitees und wirtschaftlichen Unternehmen, die auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage arbeiten, aufrechzuerhalten hat. Die Kommission ist zusammengesetzt aus: Miß Fry, London, als Vertreterin der Quäker-Vereinigung, Herrn Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a. M. und Willi Münzenberg. Die Kommission hat in ihrer ersten Sitzung beschlossen, sich zu erweitern durch den Beitritt von Edo Fimmen, Amsterdam, und Peus, dem anhaltischen Minister-präsidenten. Die Kommission bereitet eine internationale Zusammenkunft von Vertretern aller Hilfskomitees und in gemeinwirtschaftlicher Weise in Rußland tätigen Unternehmungen für den Spätherbst vor.

★ Was sollen wir lesen? ★

Sämtliche hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen in Halle: Reichszentralbuchhandlung der Produktivgenossenschaft, Leipzigerfeldstraße 14, in den auswärtigen Filialen, sowie in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44; Magdeburg: Buchladen der „Tribüne", Jakobstraße 4.

„Die vaterländischen Mörder Deutschlands."
„Das Ergebnis des Münchener Hochverratsprozesses."

Unter diesem Titel ist soeben im Bico-Verlag eine Broschüre der Genossen Karl Frank und Heinz Neumann erschienen. Die Schrift enthält reichhaltiges, für jeden Arbeiter wertvolles Material über die Verbindungen zwischen den deutschen Faschisten und dem gesamtdeutschen Imperialismus.

Der Prozeß gegen die Fuchs und Machhaus brachte Enthüllungen von gerichtlicher Tragweite. Schon die Verhandlung vor dem bayrischen Volksgericht, die mit allen Mitteln der Verdeckung und Vertuschung geführt wurde, entlarvte die Führer der vaterländischen Verbände, die mit Hilfe nationalistischer Phrasen den kleinbürgerlichen Massen zum konterrevolutionären Kampf gegen das deutsche Proletariat führen und unter dem Deckmantel einer „nationalen Diktatur" die Alleinherrschaft des Großkapitals aufrichten wollen.

Die Broschüre gibt zunächst eine genaue Darstellung der gerichtsnotorisch festgestellten Tatsachen. Die wichtigsten Teile der Anklageschrift des bayrischen Staatsanwaltes, in denen die verräterischen Handlungen der verschiedenen völkisch-nationalistischen Persönlichkeiten angeklagt werden, sind im Wortlaut abgedruckt. Darüber hinaus werden die wirklichen Hintermänner festgestellt, deren bloße Werkzeuge die Fuchs und Machhaus waren.

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

116 Von Charles de Coster

Und zu den Schöffen redend, sprach er:

„Ich will Euch jetzo den zweiten Brief verlesen, den Nele in der Tasche von Kathelines Festtagsrock gefunden hat; er ist also abgefaßt:

„Reizende Hexe, hier ist das Rezept einer Mixtur, die mir Lucifers Weib selbst geschickt hat. Mit Hilfe dieser Mixtur kannst Du Dich auf die Sonne, den Mond und die Sterne versetzen; mit den Elementargeistern, die die Gebete der Menschen zu Gott tragen, Zwiesprache halten und alle Städte, Martirfleden, Flüsse und Felder der ganzen Welt durcheilen. Zerreibe zu gleichen Teilen Stechapfel, betäubenden Nachtschatten, Bilsenkraut, Opium, die frischen Spitzen des Hanfes und Tollkirsche.

„Wenn Du willst, gehen wir heute zum Sabbat der Geister; aber Du mußt mich mehr lieben und nicht so knauserig sein wie neulich abend, da Du mir zehn Gülden weigertest und sagtest, daß Du sie nicht hättest. Ich weiß, daß Du einen Schatz verborgen hältst und es mir nicht sagen willst. Liebst Du mich nicht mehr, mein süßes Herz?

Dein kalter Teufel
Hanske."

„Zum Tode mit dem Zauberer!" schrie das Volk.

Der Amtmann sagte:

„Die beiden Schriftstücke müssen verglichen werden."

Nachdem solches geschehen, wurden sie für gleich erklärt.

Darauf sagte der Amtmann zu den anwesenden Rittern und Herren: „Erkennet ihr diesen da als Herrn Joos Damman, den Sohn des Schöffen der Küre zu Gent?"

„Ja", sprachen sie:

„Habt Ihr Junker Hilbert, den Sohn des Ritters Willem Ryvisch gekannt?" fragte er.

Einer der Edelleute, der van der Zinkelen hieß, nahm das Wort und sagte:

„Ich bin aus Gent, mein Steen ist auf dem Sankt Michaelisplatz; ich kenne den Ritter Willem Ryvisch, den Schöffen der Küre zu Gent. Vor fünfzehn Jahren verlor er einen Sohn im Alter von dreiundzwanzig Jahren. Der war ausschweifend, ein Spieler und Müßiggänger; aber jedermann verzieh ihm seiner Jugend halber. Seit jener Zeit hat keiner Kunde von ihm gehabt. Ich bitte, Degen, Dolch und Gürteltasche des Toten zu sehen."

Als er sie vor sich hatte, sagte er:

„Degen und Dolch tragen am Knopfe des Griffes das Wappen der Ryvisch, das sind drei silberne Fische auf azurnem Feld. Ich sehe das nämliche Wappen auf einem güldenem Schilde zwischen den Maschen der Tasche. Was ist dieser andere Dolch?"

„Es ist der, den man in der Leiche von Hilbert Ryvisch, dem Sohne Willems, stecken fand", sprach der Amtmann.

„Ich erkenne das Wappen der Damman daran: den roten Turm auf silbernem Feld. So helfe mir Gott und alle seine Heiligen."

Die anderen Edelleute sprachen desgleichen:

„Wir erkennen besagte Wappen als die der Ryvisch und Damman. So helfe uns Gott und alle seine Heiligen."

Der Amtmann sprach:

„Nach den vor dem Schöffengericht gehörten und gelesenen Beweisen ist Herr Joos Damman ein Zauberer, Mörder, Weiberbetörer und Dieb am königlichen Gute und als solcher des Verbrechens an göttlicher und irdischer Majestät schuldig."

„Ihr sagt es, Herr Amtmann", entgegnete Joos, „aber Ihr werdet mich nicht verurteilen, aus Mangel an zureichenden Beweisen. Ich bin kein Zauberer und war es nie, ich spielte nur die Rolle des Teufels. Was mein helles Gesicht betrifft, so habt Ihr das Rezept dafür, besgleichen für die Salbe, welche zwar Bilsenkraut, eine giftige Pflanze, enthält, aber nur ein Schlafmittel ist. Wenn dies Weib, das eine richtige Hexe ist, davon nahm, versank sie in Schlaf und vermeinte zum Sabbat zu fahren, und mit abgekehrtem Gesicht in der Runde zu gehen und einen Teufel in Bocksgestalt, der auf einem Altar stand, anzubeten. Wenn der Umgang beendet war, wähnte sie, daß sie ihn unter den Schwanz küßte, wie die Zauberer tun; nachher überließ sie sich mit, ihrem Freunde, zu seltsamen Paarungen, die ihrem ausschweifenden Sinne gefielen. Wenn ich, wie sie sagte, kalte Arme und kühlen Leib hatte, so war das ein Zeichen von Jugend, nicht von Zauberei. Beim Liebesgeschäft hält die Kühle nicht an. Aber Katheline wollte glauben, was sie wünschte, und mich für einen Teufel halten, ob ich gleich ein Mensch von Fleisch und Bein bin, ganz wie Ihr, die Ihr mich anseht. Sie allein ist schuldig. Indem sie mich für einen Teufel hielt und mich in ihr Bett nahm, sündigte sie mit Absicht und Tat gegen Gott und den Heiligen Geist. Demnach ist sie es, und nicht ich, die das Verbrechen der Zauberei beging; sie verdient das Feuer als rasende, boshafte Hexe, die sich für eine Irre ausgeben will, um ihre Bosheit zu verbergen."

Doch Nele sprach:

„Hört Ihr den Mörder? Wie eine feile Dirne, die das Rädlein am Arm trägt, hat er das Gewerbe und Handwerk der Liebe getrieben. Höri Ihr ihn? Um sich zu retten, will er die verbrennen lassen, die ihm alles gab."

„Nele ist boshaft", sprach Katheline, „höre nicht auf sie, Hans, mein Geliebter."

„Nein", sagte Nele, „Du bist kein Mensch, Du bist ein feiger, grausamer Teufel." Sie umschlang Katheline mit ihren Armen und rief: „Ihr Herren Richter, hört nicht auf diesen bleichen Bösewicht. Er hat nur einen Wunsch, meine Mutter verbrannt zu sehen, die kein andres Verbrechen beging, als daß Gott sie mit Wahnsinn schlug und als sie die Hirngespinste ihrer Träume für Wirklichkeit hielt. Sie hat an Leib und Seele schon gar sehr gelitten. Laßt sie nicht sterben, Ihr Herren Richter. Lasset die Unschuldige in Frieden ihr traurig Dasein fristen."

Und Katheline sagte: „Nele ist boshaft. Du mußt ihr nicht glauben, Hans mein Gebieter."

Und im Volke weinten die Frauen, und die Männer sagten: „Gnade für Katheline."

„Auf ein Geständnis, das Joos Damman nach erneuter Folter machte, sprachen der Amtmann und die Schöffen das Urteil. Er ward verurteilt, aus dem Adel ausgestoßen und bei langsamem Feuer lebendig verbrannt zu werden, bis der Tod einträte. Er erlitt die Strafe am folgenden Morgen vor den Gitterfenstern des Rathauses und sagte immerfort: „Laßt die Hexe sterben, sie allein ist schuldig! Gott sei versucht! Mein Vater wird die Richter töten." Und er gab den Geist auf.

Und das Volk sagte: „Seht, wie er flucht und lästert; er verendet wie ein Hund."

Am andern Tage fällten der Amtmann und die Schöffen ihren Spruch über Katheline. Sie ward verurteilt, im Brügger Kanal die Wasserprobe zu bestehen. Bliebe sie oben schwimmen, so sollte sie als Hexe verbrannt werden; ginge sie aber unter und stürbe dabei, so sollte man sie als christlich gestorben ansehen und als solche auf dem Kirchhof begraben.

Am nächsten Tag ward Katheline, die eine Wachskerze trug, barfuß und mit einem schwarzen Hemde bekleidet, in großer Prozession an den Bäumen entlang zum Ufer des Kanals geführt. Vor ihr her schritten der Dechant der Frauenkirche und seine Vikare, die Sterbegebete sangen, und der Meßner, der das Kreuz trug; hinter ihr der Amtmann von Damme, Schöffen, Gerichtsschreiber, Gemeindebüttel, der Profos, der Henker und seine beiden Knechte. Am Ufer stand eine große Menge weinender Frauen und murrender Männer, beide voll Mitleids für Katheline, die sich wie ein Lamm führen ließ, ohne zu wissen wohin, und immer sagte:

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230723-15/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. **Bezugspreis** bei Hausmonat 15500 M., durch die Post 14500 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossenschaft u. Bez. Halle-Merseburg, Gmbh. Halle. Verkaufsstelle 14 Fernruf 1045 1047 2251 **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 1100 M. für den Millimeter Höhe und Spalte; 5000 M. für Reklame, sowie an den dreigespaltenen Textteilen. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto Leipzig 1068 48. Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 1000 Mark | **Montag, den 23. Juli 1923** | **3. Jahrgang Nr. 169**

Breite Kampffront gegen das Erwerbslosenelend

An alle Arbeiter, an alle Betriebsräte und alle Gewerkschafter!

Kollegen! Am 5. und 6. Juli tagten in Berlin im Reichstage Erwerbslosendelegationen aus allen Teilen des Reiches, um der Reichsregierung ein Bild von der Notlage der Erwerbslosen zu geben und mit ihr über bestimmte Forderungen zu verhandeln.

Aber die Reichsregierung hat jede Verhandlung mit den Erwerbslosenvertretern abgelehnt.

Trotz aller Bemühungen der Reichstagsabgeordneten der KPD. und VSPD. und der Vertreter des ADGB. konnten die Erwerbslosendelegationen den Zweck ihrer Anwesenheit in Berlin, mit der Regierung zu verhandeln, nicht erreichen. Das Reichsarbeitsministerium hat es sogar abgelehnt, die Forderungen der Erwerbslosen auch nur entgegenzunehmen.

Die Reichsregierung zwingt die Erwerbslosen zum Kampf.

Ungeheuer groß ist in der gegenwärtigen Zeit, bei der rasenden Teuerung, die Not aller Arbeitenden. Noch ungeheuerlicher ist die Not der ständig wachsenden Masse der Erwerbslosen. Ihre Unterstützung reicht kaum zur Beschaffung des trockenen Brotes aus. Große Massen verzweifeln bereits an allem, sind zu allem bereit, wenn sie hoffen, dadurch ihren quälenden Hunger stillen zu können.

Faszisten und Provokateure nutzen das Erwerbslosenelend aus.

Sie versuchen überall die Erwerbslosen zu isolierten „Aktionen" zu verleiten, die den Erwerbslosen nichts nutzen und dazu noch die revolutionäre Arbeiterbewegung schädigen. In Dresden, Leipzig und Essen war es faszistischen Provokateuren gelungen, vorübergehend die Führung der Erwerbslosen in die Hände zu bekommen.

Der Kampf der Erwerbslosen kann nur mit Erfolg geführt und den faszistischen Provokateuren das Handwerk gelegt werden, wenn die gesamte Arbeiterschaft in geschlossener Front, wie gegen die allgemeine Not, so auch gegen die Not der Erwerbslosen kämpft.

Viele Erwerbslosendelegierte aber teilten uns lebhafte Klagen mit über die Sabotage vieler Ortsausschüsse des ADGB. gegenüber der Erwerbslosenbewegung und die Passivität vieler Betriebsräte und Arbeiter in den Betrieben gegenüber der Arbeitslosenfrage. Sie erklärten, die Verantwortung für die Führung der Erwerbslosen ablehnen zu müssen, wenn das so weiter gehe.

Das muß anders werden.

Der Vertreter des ADGB. erklärte den Erwerbslosendelegationen, daß der ADGB. die Erwerbslosenforderungen voll und ganz unterstütze und jede Sabotage von Gewerkschaftsinstanzen in der Erwerbslosenfrage verurteile. Die Erwerbslosen verlangen vom Bundesvorstand des ADGB., daß er endlich Richtlinien für die Organisierung der Erwerbslosenbewegung herausgibt und Maßnahmen zur Zentralisierung der Bewegung ergreift. Die nächsten Tage und Wochen müssen zeigen, inwieweit den Worten des ADGB.-Vertreters Taten folgen. Geschieht nichts oder zu wenig durch den ADGB., dann wird der ADGB. die Hauptverantwortung für das Gelingen faszistischer Provokationen tragen.

Aber nicht nur die Gewerkschaftsinstanzen müssen sich mehr als bisher um das Erwerbslosenelend kümmern, auch die Betriebsräte und Arbeiter in den Gewerkschaften und Betrieben. Das ist das wichtigste. Nicht nur im Interesse der Erwerbslosen, sondern im Klasseninteresse der gesamten Arbeiterschaft.

Was ist sofort zu tun?

In allen Betrieben und Gewerkschaften muß die Arbeiterschaft ihre Kampfbereitschaft für die Reichsforderungen der Erwerbslosen bekunden. Die 7 Reichsforderungen lauten:

1. Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten in größerem Umfange, bei denen möglichst sämtliche Berufsgruppen zu den tarifmäßigen Löhnen beschäftigt werden. Akkordarbeit, sowie Abzug von dem tarifmäßigen Lohn darf nicht stattfinden. — Scharfer Druck auf die Unternehmer, um Entlassungen zu verhindern.
2. Zur Linderung der dringendsten Notlage muß sofort eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe an jeden Erwerbslosen, einschließlich der schon ausgesteuerten und nicht Bezugsberechtigten, gezahlt werden, und zwar:
   500 000 Mark für Verheiratete,
   300 000 Mark für Ledige.
3. Die Unterstützungssätze sollen sich in Zukunft nach dem jeweiligen Tariflohn eines Gemeinde- und Staatsarbeiters richten, und zwar:
   a) für Ledige im Haushalt eines anderen 50 Prozent;
   b) für selbständige Ledige 65 Prozent;
   c) für Verheiratete ohne Kinder 70 Prozent;
   d) für Verheiratete mit bis zu drei Kindern 80 Prozent;
   e) für Verheiratete mit mehr als 3 Kindern 90 Prozent.
4. Aufhebung der Karenzzeit und Gewährung der Erwerbslosenunterstützung ohne Einschränkung und Befristung an alle Erwerbslosen.
5. Erlaß einer Verordnung, durch die die Unternehmer gezwungen werden, alle offenen Stellen bei den Arbeitsnachweisen anzumelden und wonach alle Einstellungen von Arbeitern und Angestellten durch die öffentlichen Arbeitsämter nach den jeweils geltenden Ortstarifen vorgenommen werden müssen.
6. Erlaß von Richtlinien an die Länder und Kommunen, durch die
   a) die Erwerbslosenkommissionen als Vertreter der Erwerbslosen anerkannt werden,
   b) Länder und Gemeinden das Recht erhalten, bei besonderer Notlage Zuschüsse an die Erwerbslosen zu

…ubjekt für die
…muß zu ihnen
…en.

…allein, sondern die
…mit Erfolg um sie ge-

…überall und sofort
…iter in den Gewerk-
…werden, die Erwerbs-
…erungen zu kämpfen.
…erwerbslosen darf sich
…ränken, sondern muß
…ten ausgedehnt wer-
…efährlichen Einflüssen
…uch den verlockenden
…aus entzogen werden.
…Erwerbslosen müssen
…Betrieben und Ge-
…on notwendig, dann
…Erwerbslosen allein,
…ert.
…nun kann der Kampf
…einen proletarischen
…kärten. Das Erwerbs-
…deren Probleme des
…italistischen Herrschaft

…tägliche Brot, dann
…kapitalistischen Herr-

…n lernen
…ffnung der Arbeiter-
…und Kontrolle der
…für die Arbeiter-
Regierung.

Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.

J. A.: H. Grothe.

Die englische Antwort

Sonnabend wurde der englische Entwurf einer Antwort an Deutschland der französischen und den anderen alliierten Regierungen vorgelegt. Der Entwurf ist von seinen Verfassern nicht veröffentlicht worden, auch wurden seine Empfänger verpflichtet, ihn streng geheim zu halten. Trotzdem ist die deutsche Presse seit mehreren Tagen überfüllt mit aus allen Zeitungen von London und Paris zusammengeholtem Klatsch über den mutmaßlichen Inhalt des bedeutsamen Schriftstückes. Alle einander widersprechenden Einzelheiten, die darüber mitgeteilt werden, werden sich auch diesmal — wie immer — als falsch herausstellen. Es liegt aber ein System in diesem Unsinn: man serviert dem deutschen Leser all diesen entsprechend aufgemachten Humbug, um die eigene Gedanken- und Tatlosigkeit zu verdecken, um seine Augen und seine Vernunft zu trüben, um der ehrlichen und ernsten Behandlung des einzig für ihn Wichtigen — wie könnte das deutsche Volk durch eigene Tat der ganzen Lage eine andere Wendung geben — aus dem Wege zu gehen.

Die einzigen Quellen, aus denen man sich über das gegenwärtige Stadium der französisch-englischen Verhandlungen über die Reparations- und die Ruhrfrage orientieren kann, sind — neben den Tatsachen — die öffentlichen Kundgebungen der offiziellen Vertreter und Organe der beiden Länder. Aus diesen geht hervor, daß England in seiner Mitteilung an Frankreich Vorschläge macht, die in keinem Widerspruch mit Poincarés Politik stehen. Eine von der Reparationskommission einzusetzende Sachverständigenkommission soll die praktischen Mittel und Wege untersuchen, wie aus Deutschland die Zahlungen herausgepreßt werden sollen. Die für Frankreich so wichtige Frage der interalliierten Schulden soll in einer gemeinsamen Konferenz der Alliierten geregelt werden. Der passive Widerstand — darüber soll der englische Antwortentwurf „nichts Bestimmtes" enthalten: es unterliegt aber keinem Zweifel, daß, sobald es zu einer Einigung zwischen Paris und London bezüglich der sie interessierenden Fragen kommt, England Deutschland den „Rat" erteilen wird, auf jeden Widerstand zu verzichten. Der „Temps" erklärte erst am 20. Juli in einem Artikel über die englische Stellungnahme: „Die Ruhrfrage wird sich von selbst erledigen, wenn man über das übrige einig wird."

Die Einigung ist aber auf dem Marsche, obwohl das Tempo dieses Marsches auch weiterhin sehr langsam sein wird. „Klagen wir nicht, daß England uns so lange auf die Antwort an Deutschland warten läßt, die es uns vorschlagen wird," schrieb der „Temps" in demselben Artikel. Lord Curzon und seine Kollegen haben recht, wenn sie sich die Dinge so reiflich überlegen, und ihr Beispiel verdient, daß man ihm folgt. Man wisse es auch in Deutschland: weder Frankreich noch England hatten Eile."

Auch Stinnes hat keine Eile. Sein Hausfritze, Odysseus-Lensch, sagt in der „DAZ.", „daß die englische Politik nur langsam Erfolge zeitigen kann: was sie in einem Jahrzehnt versäumt hat, kann sie nicht in einer Woche gutmachen." Im übrigen sei das Schauspiel unterhaltend: „Wenn zwei Spitzbuben sich streiten, erfährt man die Wahrheit. Deshalb ist es gut, wenn Deutschland sich in die Auseinandersetzung zwischen Rinaldini und Schinderhannes nicht einmischt . . ."

Auch die „Zeit" des Herrn Stresemann hat sich auf das Warten eingestellt: nur will sie die Untätigkeit in der Außenpolitik mit einer um so größeren Aktivität im Innern wettmachen. Sie verlangt von der Regierung Cuno energische Maßnahmen gegen „den Parteistreit und die Parteisucht", damit „sich nicht jene Elemente im freien Spiel ihrer Kräfte tummeln können, denen jetzt die Stunde für Revolution und Gegenrevolution günstig zu sein scheint". Die „ganze Autorität des Staates" muß hier „eingesetzt werden". Der Ausnahmezustand, das ist „der kategorische Imperativ der nationalen Notwendigkeit".

Für den „Vorwärts" ist die gegenwärtige Lage ebenfalls eine „Geduldprobe": „Noch immer gilt für das deutsche Volk . . . als Leitspruch das Wort, das der Einsame von Salas y Gomez auf seinen Schieferstein schrieb: Geduld erlerne." Nur sieht er mit Bangen voraus, daß eine Verständigung Englands mit Frankreich kommen kann, und erklärt: „Niemand in Deutschland wird sich darüber täuschen, daß eine Fortsetzung des Widerstandes gegen eine wieder geeinte Entente auf unbestimmte Zeit hinaus eine Unmöglichkeit wäre." Also am Ende des lange Weges, der mit Geduld gegangen werden soll, steht als Ergebnis dieser „Geduldsprobe" — die Kapitulation.

Marcel Cachin deckt in der „Humanité" den Kampf der Kapitalisten Englands und Frankreichs um die Teilung der deutschen Beute auf, der hinter dem Streit Baldwin—Poincaré steht. „Wenn Poincaré auf der ausgiebigen Teilnahme seiner Kapitalisten besteht, murmeln und widerstehen Engländer und Deutsche. Werden sie ständig widerstehen oder wird es dieser Brigantenwelt möglich sein, sich in naher Zukunft auf dem Rücken der deutschen und auch anderer Arbeiter untereinander zu verständigen?"

„Es gibt eine dritte Möglichkeit, nämlich die, daß sich die Proletarier Deutschlands alle untereinander versöhnen, indem sie für sich die Reichtümer erfassen, um die sich jetzt die Ausbeuter aller Länder streiten. Das ist die einzige und entscheidende Lösung, an der die Kommunisten jenseits des Rheins mit allen Kräften arbeiten. Und wenn der Augenblick da ist, werden die Arbeiter Frankreichs zeigen, daß sie mit ihnen eins sind, und daß die internationale Solidarität nicht, wie einst, ein leeres Wort sein wird."

Arbeiter Deutschlands! Der Franzose Cachin weist Euch den Weg!

Die Wahlen zum Metallarbeiterverband

Halle, 23. Juli.

Die Wahlen zum Verbandstag des DMV. haben für Halle einen glänzenden Sieg der Opposition, der Liste A (Schumann) ergeben. Obwohl zurzeit das Resultat von zwei Wahlbezirken aussteht, läßt sich ein überwältigender Sieg der Kollegen feststellen, die für eine revolutionäre Politik der Gewerkschaften kämpfen. Die Teilnahme an den Wahlen war äußerst rege. Während bei den Wahlen zum Gewerkschaftskongreß zusammen nur 1974 Stimmen abgegeben wurden, sind bis jetzt 2449 Wähler gemeldet. Davon entfielen auf Liste Schumann 1866 (zum Gewerkschaftskongreß 1428) Stimmen. Die Liste Gröbel erhielt trotz stärkerer Wahlbeteiligung bis jetzt nur 471 Stimmen gegen 530 bei der Kongreßwahl. Auffällig ist die hohe Zahl der ungültigen Stimmen. 112 Stimmen sind diesmal ungültig, bei der vorigen Wahl waren es nur 16. An dem Sieg der Opposition können die fehlenden Ergebnisse nichts ändern.

Das Resultat zeigt, daß die reformistische Politik der Gewerkschaftsbureaukratie immer mehr auf Widerstand stößt, daß die Zahl der Opposition wächst.

Vorläufiger Sieg der Opposition in Berlin

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 22. Juli.

Von 102 Wahllokalen liegt aus 72 Lokalen das Ergebnis vor: Liste B (Opposition) 12 726; Liste A (VSPD.) 5 512.

Aue (Erzgebirge), 22. Juli.

Bei den Wahlen zum Metallarbeiter-Verbandstag in Kassel erhielt die Liste A (VSPD.) 1707 Stimmen, die Liste B (Opposition) 4149 Stimmen. Das ist die Antwort der Metallarbeiter auf die reformistische Politik der Dißmann und Reichel. Das Wahlergebnis zeigt aber auch, daß die Mitglieder anderer Ansicht sind als die Funktionäre.

Noske verbietet die „Niedersächsische Arbeiterzeitung"

Hannover, 21. Juli.

Noske hat heute die kommunistische „Niedersächsische Arbeiterzeitung" auf acht Tage verboten. Grund: der Abdruck eines Aufrufs der Bezirksleitung Niedersachsen der KPD., der sich gegen das Verbot des Anti-Faszistentages durch die braunschweigische Regierung wendet und unter der Parole: „Erkämpft Euch das Recht auf die Straße!" die Braunschweiger Arbeiter zu einer Protestversammlung unter freiem Himmel am 23. Juli auffordert.

Noske kennt seine Pflicht als bewährter Helfershelfer der Gegenrevolution. Die „Diktatur der Mitte", als verschleierte Faszistendiktatur, durch die Cuno-Regierung vor zwei Tagen offiziell angekündigt, findet im Sozialdemokraten Noske und dem Breslauer sozialdemokratischen Oberpräsidenten Zimmer ihre verständnisvollsten Handlanger.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230723-15/fragment/page=0007